



Servicestelle Interkulturelle Kompetenz

Infobrief 1 & 2/2026

Liebe Leser*innen,

schon ist das erste Halbjahr 2026 vorbei und die Sommerferien klopfen mit hohen Temperaturen an die Tür. Mit einem extradicken Infobrief schauen wir auf die erste Jahreshälfte, inklusive unserer SIK-Fachtagung, zurück und geben Ihnen so eine informative Sommerlektüre mit auf den Weg.

Darunter ein erfrischender Schwimmkurs des Studierendenwerks Freiburg für (internationale) Studierende, die weniger erfrischende Einführung von Studiengebühren an der FAU Erlangen-Nürnberg oder die druckfrische Handreichung der Servicestelle Familienfreundliches Studium „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“.

Seit dem 1. April 2026 bereichert Frau Thanh Doan-Tonne die drei Projekte IBS, SIK und SFS als Referentin für Sozialrecht. In unserer neuen Rubrik „Rechtliches“, finden Sie ab sofort relevante, juristische Meldungen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und einen gut informierten Start in die zweite Jahreshälfte.

Ihr Team der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Themen in dieser Ausgabe

Aus dem DSW

- [Fachtagung der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz 2026](#)
- [Veranstaltungsankündigung: Hybrid-Konferenz „Ausländerbehörde trifft Campus“](#)
- [Neue SFS-Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“](#)
- [Gastbeitrag: „Wir müssen uns mehr kümmern!“](#)
- [DSW-Journal 1/2026](#)

Aus den Studierendenwerken

- [Schwimmkurse für Studierende beim Studierendenwerk Freiburg](#)
- [Studierendenwerk Thüringen fördert kulturelle Projekte](#)
- [Weitere News](#)

Aus den Hochschulen

- [Universität Regensburg: „Swap & Save“ – nachhaltiges Angebot für internationale Studierende](#)
- [Weitere News](#)

In aller Kürze

- [1.000-Köpfe-Plus-Programm wirkt](#)
- [DAAD warnt vor Ende der Hochschulkooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit](#)
- [Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule \(GF-H\) soll beendet werden](#)
- [5 Jahre Hilde-Domin-Programm](#)
- [Interkulturelle Woche 2026: Jetzt planen und Materialien bestellen](#)
- [Start des Beratungsangebots „Faire Integration“](#)
- [Mental Health Alliance startet für ein neues System der psychischen Versorgung junger Menschen](#)
- [AfD: Wissenschaftspolitisches Regierungsprogramm in Sachsen-Anhalt](#)
- [Niedersachsen: Schnellere Exmatrikulation möglich](#)
- [Rheinland-Pfalz: Novelle des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes](#)
- [Bewährungsstrafen nach Schüssen auf Studierende in Ilmenau](#)
- [USA: Aufenthaltszeit für int. Studierende erneut eingeschränkt](#)
- [USA: Wissenschaft unter Trump](#)
- [Iran: Wie wir iranische Studierende und Forschende in Deutschland mental unterstützen können](#)
- [Ukraine: Kurzzeitige Heimreisen ukrainischer Flüchtlinge gestattet](#)
- [Australien: stuft Indien bei Studierendenvisa als Hochrisikoland ein](#)
- [China: führt eigenen internationalen Hochschulzugangstest ein](#)
- [Russland: wirbt gezielt Studierende für den Kriegseinsatz an](#)
- [Russland: DAAD als unerwünschte Organisation eingestuft](#)



Themen in dieser Ausgabe

In aller Kürze (Fortsetzung)

- Kanada: 80 Prozent weniger internationale Studierendenvisa
- Japan: erreicht Ziel für internationale Studierende vorzeitig
- UK: neue internationale Bildungsstrategie
- UK: Vereinigtes Königreich kehrt 2027 zu Erasmus+ zurück
- Schweiz: Erasmus+ ab 2027 auch mit der Schweiz
- Türkei: Erdoğan nimmt Dekret zur Schließung von liberaler Uni zurück

Rechtliches

- EU: Kein vorübergehender Schutz mehr für neu ankommende ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter
- Neues Gesetz erschwert Vaterschaftsanerkennung bei aufenthaltsrechtlichem Gefälle
- 20 Jahre AGG: Diskriminierungsschutz bleibt lückenhaft
- Rheinland-Pfalz: Neues Gesetz schützt vor Diskriminierung durch Landesbehörden
- Bayern: Bessere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Ausländerbehörden geplant
- Thüringen: Verfahrenshinweis ermöglicht Ausländerbehörden schnelleren Jobstart für internationale Studierende zuzulassen

Studien und Statistiken

- Studie: "International Students in Higher Education: A comparative analysis of trends, challenges and policy responses in Australia, Canada, France, Germany, the Netherlands and the United Kingdom"
- Kurzbericht: „Wissenschaft weltoffen kompakt 2026“
- Analyse: „Soziale und akademische Integration von Geflüchteten im Hochschulstudium. Strukturelle Herausforderungen gefährden den Studienerfolg“
- Studie: „Zwischen Abschluss und Anschluss – Internationals Employability Framework: Wie Zuwanderung über die Hochschule Berufseintritt und Verbleib von internationalen MINT-Fachkräften stärkt“
- Onlinebefragung: „Digitale Studienvorbereitung und Internationalisierung an deutschen Hochschulen“
- IAB-Kurzbericht: „Deutschkenntnisse und Arbeitsmarktintegration“
- Arbeitspapier: „Familiäre Fürsorge über Grenzen hinweg - Warum Sozial- und Familienpolitik in Deutschland auf den Prüfstand gehört“



Themen in dieser Ausgabe

Literaturtipps & hilfreiche Materialien

- Aktualisiertes Rundschreiben der GKV: „Grundsätzliche Hinweise Kranken- und Pflegeversicherung der Studenten, Praktikanten und Auszubildenden ohne Arbeitsentgelt sowie Auszubildenden des Zweiten Bildungswegs“
- Sammelband: „Navigating Academia as a Transnational Scholar from the Global South - Treasuring All the Knowledges“
- Bericht: „A Job and a Hard Place? Schattenseiten der Nutzung einer liberalisierten Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland“
- Handreichung: „Wenn Zuhause nicht mehr sicher ist – Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Nachbarschaft“
- Aufzeichnung: University Future Festival (U:FF)
- Radiosendung: „Internationale Studierende – Was Deutschland so beliebt macht“
- Podcast: „Internationale Studierende in Deutschland – Zahlen, Trends und persönliche Perspektiven“
- Podcast: „Es ist hochrentabel, viele internationale Studierende im Land zu haben“
- Kommentar: „Warum internationale Studierende keine höheren Studiengebühren zahlen sollten“
- Artikel: „Internationale Studierende in Jena: Wer finanziert Studium und Lebensunterhalt?“
- Interview: „Die Präsidentschaft von Donald Trump ist eine Katastrophe für die amerikanische Universitäts- und Forschungslandschaft“
- Artikel: „Cité Internationale Universitaire de Paris - Wir sind friedlich, was seid ihr?“
- Artikel: „Kurierfahrer von Lieferdiensten: Komm nach Deutschland zum Studieren, haben sie gesagt“
- Reportage: „Ausbeutung bei Lieferdiensten: Ich sage allen: Macht nicht den Fehler, nach Deutschland zu kommen“
- Artikel: „Zu siebt in der Drei-Zimmer-Wohnung - für 3.000 Euro im Monat“

Aus dem DSW

Fachtagung der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz 2026



© Charles Yunck, DSW

Am 16.-17. Juni fand unsere Fachtagung in Berlin mit rund 150 Mitarbeitenden aus Studierendenwerken, Hochschulen und Hochschulgemeinden statt. Neben den Plenumsbeiträgen der DSW-Präsidentin Prof. Dr. Schücking zur *Internationalisierung der Hochschulen* und von Prof. Dr. Pasternack, HoF Halle-Wittenberg, zur *Resilienz von Hochschulen* waren besondere Highlights die von den DSW-Ausschüssen gestalteten Foren *Wohnen internationaler Studierender* und *Beratung internationaler Studierender* sowie die Sessions, u.a. zu *Internationale Studierende und Stadtgesellschaft der Hochschule Anhalt*.

Wir freuen uns über die regen Diskussionen und hoffen, Sie hatten Gelegenheit sich auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und neue Anregungen für Ihren Standort mitzunehmen. Vielen Dank für die (positiven) Evaluationen, die uns bisher erreicht haben.

Alle Präsentationen der Tagung stehen in unserem [Infoportal](#) zur Verfügung.

Aus dem DSW

Veranstaltungsankündigung: Hybrid-Konferenz „Ausländerbehörde trifft Campus“ am 18.09.2026

Gemeinsam mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) lädt das DSW zu der hybriden Konferenz „[Ausländerbehörde trifft Campus: Gemeinsam Wege für internationale Studierende finden](#)“ am 18. September 2026 in Berlin ein.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der „Campus-Initiative Internationale Fachkräfte“ des DAAD und in Kooperation mit dem DSW statt. Veranstaltungsort ist das Auditorium Friedrichstraße, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin.

Anmeldung: Auf der [Website des DAAD](#) finden Sie alle Informationen wie das Programm und die unterschiedlichen Anmeldeverfahren für eine Präsenz- oder Hybridteilnahme. Die Anmeldung für eine **Präsenz**-Teilnahme vor Ort ist bis zum **31. August 2026** möglich. Die Teilnahme ist sowohl in Präsenz als auch online kostenfrei möglich.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.



Aus dem DSW

Neue SFS-Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“

Im Zuge der steigenden Zahl internationaler Studierender in Deutschland sind die Berater*innen in den Studierendenwerken und Hochschulen zunehmend mit sehr komplexen Problemlagen internationaler Studierender mit Kindern konfrontiert.

Die vom BMFTR geförderte, neue Publikation der Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS) zeigt auf, unter welchen Bedingungen internationale studierende Eltern ggf. Leistungen in Anspruch nehmen können und welche Auswirkungen dies auf den Aufenthaltsstatus haben kann.

Die deutsche Fassung der Publikation „Internationale Studierende mit Kindern: aufenthalts- und sozialrechtliche Bestimmungen“ ist als Print- und als Online-Ausgabe erschienen (barrierefrei).

Die Publikation finden Sie [hier](#).

Zu einem späteren Zeitpunkt erscheint die Publikation in englischer Sprache, ausschließlich als Online-Version.





Aus dem DSW

Gastbeitrag: „Wir müssen uns mehr kümmern!“ (Matthias Anbuhl, ZEIT Nr. 03/2026)

In einem Gastbeitrag für DIE ZEIT plädiert DSW Vorstandsvorsitzender Matthias Anbuhl für eine bessere Betreuung internationaler Studierender in Deutschland. Der Artikel ist [hier](#) erschienen und im Folgenden im Ganzen wiedergegeben:

Studierende aus aller Welt wollen an deutsche Unis. Damit es Ihnen dort gut geht, brauchen sie soziale Unterstützung

An unseren Hochschulen studieren mehr als 400.000 Menschen aus aller Welt, so viele wie nie zuvor. Sie sind für unser Wissenschaftssystem und unsere Wirtschaft von enormem Wert. Rund 40 Prozent eines Jahrgangs internationaler Studierender bleiben nach dem Studium in Deutschland. Sie spülen nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft mehr als 15 Milliarden Euro in unsere staatlichen Kassen. Internationale Studierende bereichern zudem unsere Gesellschaft: Sie fördern internationale Verständigung, bauen Vorurteile ab und schaffen persönliche Brücken zwischen Ländern und Kulturen.

Wegen der Repressionen der Trump-Regierung gegen internationale Studierende bricht nach neuesten Daten deren Zahl an US-Hochschulen massiv ein. Viele global mobile Studierende schauen sich nach anderen Ländern um. Wenn Deutschland für sie attraktiv bleiben will, brauchen wir massive Investitionen in das soziale Fundament unseres Hochschulsystems. Nur so wird die Internationalisierungsstrategie erfolgreich, die Bund und Länder gemeinsam entwickelt haben.

Hier gilt das Motto: Klotzen, nicht kleckern! Viele der internationalen Studierenden kämpfen mit Bürokratie, haben Probleme, ihr Studium zu finanzieren, sind psychisch belastet oder haben nicht genügend soziale Kontakte. Vor allem die Wohnungssuche ist eine enorme Herausforderung. Aus Indien, China und der Türkei kommen derzeit die meisten internationalen Studierenden. Vielen von ihnen bleiben die Türen auf dem privaten Wohnungsmarkt in Deutschland verschlossen.

Hier helfen die Studierendenwerke. Sie stellen rund 45 Prozent ihrer etwa 200.000 Wohnheimplätze internationalen Studierenden zur Verfügung. Gleichzeitig fördern sie Integration und Teilhabe durch studentische Wohnheimtutoren. Sie unterstützen beim Zurechtfinden im fremden Land, beugen Einsamkeit vor, laden vielleicht sogar zu Partys ein und sorgen so mit dafür, dass Freundschaften entstehen. Diese Angebote sind ein entscheidender Beitrag zur sozial-akademischen Integration – werden aber bislang nur vom Freistaat Bayern und vom Saarland finanziell gefördert. Auch die psychosoziale Beratung der Studierendenwerke nutzen internationale Studierende intensiv.



Aus dem DSW

Fortsetzung des Gastbeitrags: „Wir müssen uns mehr kümmern!“ (Matthias Anbuhl, ZEIT Nr. 03/2026)

Damit Internationalisierung gelingt, müssen bei zukünftigen staatlichen Förderprogrammen auch die Studierendenwerke berücksichtigt werden. Insbesondere das im Jahr 2023 gestartete Bund-Länder-Programm »Junges Wohnen« kann mittel- und langfristig Abhilfe schaffen, weil die Studierendenwerke mit diesen Mitteln mehr bezahlbaren Wohnraum auch für internationale Studierende schaffen können – wenn denn die Länder das Programm kraftvoll umsetzen. Und die Kommunen kostengünstige Grundstücke bereitstellen.

Gleichzeitig benötigen wir politischen Realismus: Dass alle Beteiligten im Hochschulsystem – Bundesregierung und Länderregierungen, Hochschulen, DAAD, Studierendenwerke – die Internationalisierung fordern und fördern, heißt nicht, dass sie überall positiv gesehen wird.

Fremdenfeindliche Tendenzen drohen das Klima zu vergiften. Der erstarkte Rechtsextremismus in Deutschland ist eine schwere Hypothek für die Internationalisierung unserer Hochschulen und Gift für alle Bemühungen, Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Wissenschaft lebt von grenzüberschreitendem Austausch. Die gesellschaftliche Wirklichkeit sieht vielerorts anders aus.

Aber wir können viel tun: Wir haben fast drei Millionen Studierende in Deutschland, und dazu kommen noch mal mehr als 800.000 Hochschulbeschäftigte und 19.000 Mitarbeitende in den Studierendenwerken. Wenn sich allein diese Menschen für Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus engagieren – dann ist schon viel gewonnen.

Den Gastbeitrag finden Sie auch auf der [DSW-Webseite](#).

Aus dem DSW

DSW-Journal 1/2026 mit mehreren relevanten Artikeln



© DSW

Im DSW-Journal 1/2026 finden sich gleich mehrere Themen, die die Betreuung von internationalen Studierenden betreffen:

In einem Gastbeitrag analysieren die beiden Hochschulforscher Peer Pasternack und Justus Henke die möglichen Auswirkungen eines Wahlerfolgs der AfD in Sachsen-Anhalt auf das Hochschulsystem. Peer Pasternack sprach auf der [diesjährigen Fachtagung der SIK](#) zur Frage „Rechtspopulismus und Rechtsextremismus: Wie werden Hochschulen resilient?“. Im Artikel finden Sie seine Thesen zusammengefasst auf 2 Seiten.

Auch Falko Mohrs, niedersächsischer Wissenschaftsminister und stellvertretender Vorsitzender der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) spricht im Interview über das Szenario eines AfD-geführten Wissenschaftsressorts und der Resilienz des Wissenschaftssystems.

Der Präsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland Ron Dekel spricht über ein Gefühl der allgegenwärtigen Bedrohung dem sich jüdische Studierende an den Hochschulen ausgesetzt sähen.

Das DSW-Journal 1/2026 finden Sie [hier](#).

Aus den Studierendenwerken

Schwimmkurse für Studierende beim Studierendenwerk Freiburg

Immer wieder kommt es in Deutschland zu Badeunfällen, weil Menschen nie schwimmen gelernt haben. Erst im vergangenen Jahr kam ein junger Studierender mit internationalem Hintergrund in einem Freiburger Badensee zu Tode. Das Studierendenwerk Freiburg nahm dies zum Anlass, Schwimmkurse für Studierende aus allen Nationen anzubieten.

In Zusammenarbeit mit der Keidel Therme sowie dem Amt für Migration und Integration konnten nun insgesamt dreizehn Schwimmkurse für über 120 Teilnehmende realisiert und gestartet werden.

Die Kurse führen das Studierendenwerk mit der Keidel Therme und den Regio Bädern durch. Zuvor hatte das Studierendenwerk sämtliche Studierende in den Freiburger Studierendenwohnheimen angeschrieben und den Bedarf für Schwimmunterricht abgefragt. Daraufhin meldeten weit über 120 Personen – überwiegend mit internationalem Hintergrund – ihr Interesse an den Kursen an. SWFR-Geschäftsführer und Initiator der Kurse, Clemens Metz ist selbst ausgebildeter Rettungsschwimmer.

[SZ](#), [Zeit](#), [n-tv](#), [Stern](#), [SWR](#), [SWR Aktuell am Abend](#) und weitere Medien berichten über das neue Schwimmkursangebot.

Mehr dazu finden Sie außerdem [hier](#).



© FSB / M. Spiegelhalter



© SWR Aktuell am Abend

Aus den Studierendenwerken

Studierendenwerk Thüringen fördert kulturelle Projekte mit 25.000 Euro:

Studentische Initiativen in Erfurt, Ilmenau, Jena, Schmalkalden und Weimar werden unterstützt

Mit 25.000 Euro pro Halbjahr fördert das Studierendenwerk Thüringen studentische Kulturprojekte, die Studierende kulturell, sportlich oder interkulturell zusammenbringen.

Darunter sind beispielsweise die Interkulturelle Woche in Ilmenau 2026, das Polnische Kino Jena und die „Schmalypischen Spiele“: Diese sind eine seit 2004 fest etablierte Sport- und Kulturveranstaltung auf dem Campus der Hochschule Schmalkalden und fanden 2025 bereits zum 20. Mal statt. Über mehrere Tage hinweg verbinden sie sportliche Wettkämpfe wie Schwimmen, Fußball, Volleyball oder Leichtathletik mit kulturellen und interkulturellen Freizeitangeboten, darunter Bühnenauftritte von Studierenden, internationale Essensstände und gemeinsame Abendveranstaltungen. Ziel des Projekts ist es, den Zusammenhalt innerhalb der Studierendenschaft zu stärken und Begegnungen zwischen nationalen und internationalen Studierenden sowie Gästen aus der Region zu fördern.

Mehr dazu finden Sie [hier](#).



Auszug der Nationen anlässlich der „Schmalypischen Spiele“ 2025

Siegerehrung der „Schmalypischen Spiele“ 2025





Aus den Studierendenwerken

Weitere News

Studierendenwerk Berlin: Aus dem Centre for Student Refugees wird das International Student Counselling (ISC). Mit dem neuen Namen soll klarer zum Ausdruck gebracht werden, worauf sich die dortige Arbeit heute und künftig fokussiert. Die Beratungsstelle richtet sich an internationale Studieninteressierte und Studierende in Berlin – dazu zählen selbstverständlich weiterhin auch Studierende mit Fluchtgeschichte. Der bisherige Name hat diesen breiteren Adressatenkreis jedoch nicht vollständig widerspiegelt. Die Angebote bleiben unverändert aufenthaltsrechtliche Fragen sowie alle studienbezogenen Themen rund um den Studienstart und das Studium in Berlin. Auch die Website wurde überarbeitet. Sie hat eine neue URL: www.stw.berlin/international

Studierendenwerk Berlin: Mit regelmäßigen englischsprachigen Workshops und Angeboten informiert das STW Berlin internationale Studierende zu verschiedenen Themen wie Aufenthaltsrecht oder Jobsuche. Im Workshop „How to Get a Job Interview in Germany“ erhalten die Teilnehmenden via Zoom wertvolle Einblicke für internationale Fachkräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Der englischsprachige Workshop zeigt, wie Fähigkeiten gezielt mit den Anforderungen von Stellenausschreibungen abgeglichen, mögliche Qualifizierungslücken erkannt und überzeugende Bewerbungsunterlagen erstellt werden. Mehr dazu [hier](#).

Akafo Bochum: Das „BeComing Friends“-Mentoring-Programm des Akafo verbindet internationale Studierende mit Locals aus Bochum. Dadurch haben die Teilnehmer die Möglichkeit, die Stadt aus erster Hand zu erleben, die Kultur kennenzulernen und schnell neue Kontakte zu knüpfen. Einmal im Monat lädt das Akafo zu einem Stammtisch ein. Mehr dazu [hier](#).

Studierendenwerk Freiburg: Das Studierendenwerk bietet im September im Rahmen seiner Partnerschaft mit der Technischen Universität Peking eine Studienreise nach China an. Ziel ist es, Einblicke in Hochschule, Kultur, Wirtschaft und Politik zu gewinnen sowie touristische Höhepunkte in Peking kennenzulernen. Im Mittelpunkt stehen intensive Begegnungen mit chinesischen Studierenden, insbesondere aus der Germanistik. Das Programm umfasst Informationen zum heutigen und zukünftigen China aus unterschiedlichen Perspektiven, zur interkulturellen Kommunikation zwischen Deutschland und China sowie zur chinesischen Sprache und Kultur. Mehr dazu [hier](#).

Studierendenwerk Freiburg: Der Internationale Club (IC) des Studierendenwerks Freiburg lud am 24. Juni 2026 zu einem rauschenden Fest der Kulturen ein: Auf der Bühne zeigten Künstler*innen ein buntes Bühnenprogramm aus den unterschiedlichsten Kulturregionen der Welt - mit Tanz und Musik. Die Gäste durften sich auf eine vielfältige Mischung von kulturellen Eindrücken und darüber hinaus noch über zahlreiche interaktive Stände freuen. Mehr dazu [hier](#).

Studierendenwerk Gießen: Vor 17 Jahren hatten das Studierendenwerk Gießen und die JLU in gemeinsamer Initiative mit dem ‚Lokal International‘ einen besonderen Begegnungs- und Veranstaltungsort geschaffen, nun schließt das ‚Lokal International‘. Die Gründe sind hauptsächlich finanzieller Natur. Die Erfahrungen aus 17 Jahren LI sollen in die künftige Gestaltung von Partizipationsformaten und in die tägliche Arbeit an universitären Einrichtungen und den Angeboten des Studierendenwerks einfließen. Die PM finden Sie [hier](#).

Aus den Studierendenwerken

Weitere News

Studierendenwerk Gießen: Mit der Initiative „Die Welt zu Gast in Gießen“ lädt das Studierendenwerk Gießen Menschen aus Stadt und Region dazu ein, internationale Studierende kennenzulernen und gemeinsam gelebte Willkommenskultur zu gestalten. Ziel der Aktion ist es, den interkulturellen Austausch zu fördern, neue Kontakte zu ermöglichen und internationalen Studierenden das Leben in Deutschland und insbesondere in Gießen näherzubringen. Das Konzept ist bewusst niedrigschwellig angelegt: Interessierte aus Stadt und Landkreis sowie internationale Studierende werden anhand ihrer Interessen und Wünsche durch das Studierendenwerk gematcht. Mehr dazu [hier](#).

Studierendenwerk Hamburg: Das Studierendenwerk Hamburg vergibt auch im Förderjahr 2026/2027 erneut das Hamburg Stipendium. Die Stipendiat*innen erhalten eine monatliche Förderung von 200 Euro. Darüber hinaus profitieren sie von einem vielseitigen Begleitprogramm mit Workshops, Veranstaltungen und einem starken Netzwerk aus Wirtschaft und Gesellschaft. Das Hamburg Stipendium richtet sich an Studierende mit Flucht- oder Migrationshintergrund, deren Eltern nicht an einer Hochschule in Deutschland studiert haben. Mehr dazu [hier](#).

Kölner Studierendenwerk: Einen ersten Orientierungspunkt für internationale Erstsemester in Köln, sowie reichlich Gelegenheit, Stadt und Leute kennenzulernen bietet jedes Jahr der Rathausempfang – organisiert vom Kölner Studierendenwerk. Derya Karadag, Kölner Bürgermeisterin, eröffnete die Veranstaltung mit einem herzlichen Willkommensgruß der Stadt Köln. Networking, Infovorträge und eine Stadtführung rundeten den Empfang ab. Mehr dazu [hier](#).

Studierendenwerk Niederbayern/Oberpfalz: Das STW bietet wiederkehrend den standortübergreifenden Online-Vortrag „Wege zur psychischen Gesundheit“ in deutscher und englischer Sprache an. Der Vortrag bietet einen strukturierten Überblick über zentrale Anlaufstellen bei psychischen Belastungen – insbesondere zu Beratungsangeboten und Psychotherapie. Dabei werden unterschiedliche Anlaufstellen vorgestellt sowie Wege aufgezeigt, wie der Zugang zu passenden Unterstützungsangeboten gelingen kann. Ergänzend erhalten Sie Informationen zu konkreten Hilfsangeboten für Betroffene und Angehörige sowie ausgewählte Impulse zur Selbsthilfe und Stabilisierung im Alltag. Ziel des Vortrags ist es, Orientierung zu geben und Unsicherheiten im Umgang mit psychischen Belastungen und dem Hilfesystem abzubauen. Mehr dazu [hier](#).

Studierendenwerk Oldenburg: Ein neuer Podcast richtet sich an Studierende in herausfordernden Lebens- und Studienphasen. In jeder Folge berichtet ein*e Student*in von ihrer oder seiner Erfahrung mit dem PBS. So bekommen die Zuhörenden ehrliche Einblicke in unterschiedliche Themen und Angebotsformate des Psychologischen Beratungs-Service PBS, von unterschiedlichen Gruppenangeboten über Workshops bis hin zu Einzelberatungen. Zu jeder ausführlichen Gesprächsfolge gehört eine Folge zum gleichen Thema, aber aus anderer Perspektive. Darin erklären die Expert*innen aus dem PBS anhand von Auszügen aus dem Gespräch, wie der PBS arbeitet, ordnen die Erfahrungen fachlich ein und beantworten häufige Fragen. Mit dabei sind auch englischsprachige Folgen mit internationalen Studierenden. Der Podcast ist eine niedrigschwellige Möglichkeit für Studierende, die einen Besuch beim PBS erwägen, sich einen authentischen Eindruck zu verschaffen. „Nachgefragt: Der Podcast aus dem PBS Oldenburg“ ist bei allen gängigen Streaming-Diensten verfügbar, oder direkt im Player auf der [Website des Studierendenwerks Oldenburg](#).



Aus den Studierendenwerken

Weitere News

Studierendenwerk Oldenburg: Im Mai kam der taiwanische Botschafter, Herr Dr. Ruey-Sheng Gu zu Besuch nach Oldenburg. Anlass war die Eröffnung der taiwanischen Woche, die Studierenden, Universitätsangehörigen und weiteren Interessierten die Möglichkeit eröffnete, direkt auf dem Campus in die Kultur der fernöstlichen Insel einzutauchen. Nach der Begrüßung durch Ted Thurner, Geschäftsführer des Studierendenwerks, gab Dr. Ruey-Sheng Gu einen humorvollen Überblick über die Themen, die sein Land derzeit beschäftigen. Prof. Dr. Katharina Al-Shamery sprach anschließend als Vizepräsidentin der Universität für Internationales. Das Studierendenwerk fungierte als Veranstalter der taiwanischen Woche, die inhaltliche Ausgestaltung des Programms übernahm eine engagierte Gruppe von taiwanischen Studierenden. Das Programm enthielt so unterschiedliche Punkte wie eine Ausstellung, eine Filmvorführung, eine Lesung, Vorträge, eine Teezeremonie und ein Konzert. Mehr dazu [hier](#).

Studentenwerk Schleswig-Holstein: Am 12. Januar 2026 hat die Geschäftsführerin des Studentenwerks SH, Susann Schrader, die Charta der Vielfalt unterzeichnet – Deutschlands größte Initiative für Diversität, Chancengleichheit und Inklusion am Arbeitsplatz. Mit der Unterzeichnung bekennt sich das Studentenwerk SH zu einem vorurteilsfreien, wertschätzenden und diskriminierungsfreien Arbeitsumfeld und bekräftigt seine Selbstverpflichtung, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen alle Beschäftigten – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, Religion oder körperlichen und geistigen Fähigkeiten – respektiert und unterstützt werden. Vielfalt ist dabei bereits gelebter Alltag: Mitarbeitende aus rund 40 Nationen prägen das Studentenwerk, insbesondere auch in der Hochschulgastronomie, wo internationale Einflüsse sichtbar und erlebbar sind. Die PM finden Sie [hier](#).

Sie haben ein neues Angebot für internationale Studierende entwickelt? Wir würden gern auch andere Studierendenwerke und Hochschulen über dieses Projekt informieren und somit zu Ihrem Erfahrungsaustausch untereinander beitragen. Senden Sie uns Ihren Beitrag – wir sorgen in dieser Rubrik für die Verbreitung der Information. Schreiben Sie an sik@studierendenwerke.de

Aus den Hochschulen

Universität Regensburg: „Swap & Save“ – nachhaltiges Angebot für internationale Studierende

Zum Start des Sommersemesters führte das International Office der Universität Regensburg zum bereits dritten Mal die Aktion "Swap & Save" durch, bei der internationale Studierende vor ihrer Abreise gut erhaltene Gegenstände, vornehmlich Geschirr und Küchenutensilien, bei den Organisator*innen abgeben konnten. Da die meisten Austauschstudierenden in Wohnheimen untergebracht sind und ihre Zimmer dort immer komplett räumen müssen, werfen viele die noch gut erhaltenen Geräte, Töpfe, Teller, etc. am Ende ihres Aufenthalts weg.



©Patricia Kühn, Universität Regensburg

Seit dem Projekt „Swap & Save“ können sie diese aber gesammelt abgeben. Die Mitarbeitenden im International Office sichten die Gegenstände und bieten sie dann neuen internationalen Studierenden zu ihrer Ankunft an. So wird weniger weggeworfen, und die neuen Studierenden können Geld sparen und sich eine kleine Erstausrüstung an Küchenutensilien je nach ihrem Bedarf kostenfrei mitnehmen. Teilweise werden auch Geräte wie Kaffeemaschinen, Wasserkocher, Reiskocher oder sogar Fahrräder abgegeben. Da diese internationalen Studierenden zu ihrer Abreise dann auch wiederum einige ihrer Gegenstände abgeben, entsteht ein nachhaltiger Kreislauf.

Mittlerweile beteiligen sich auch Mitarbeitende der Universität an der Aktion und bringen noch gut erhaltene, aber nicht mehr gebrauchte Geräte und Utensilien für die neuen Studierenden mit. Dafür starten das IO im Intranet der Universität dann vor Semesterbeginn einen Aufruf. Die Aktion kommt auch bei den Studierenden sehr gut an, diese freuen sich immer sehr über eine kostenlose Erstausrüstung und auch darüber, am Ende nicht viel wegwerfen zu müssen.

Text und Ansprechperson: [Patricia Kühn](#)
Universität Regensburg
International Office



Aus den Hochschulen

Weitere News

Stifterverband vergibt weitere Zertifikate „Vielfalt gestalten“: Drei Hochschulen und eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung bekommen vom Stifterverband das Zertifikat „Vielfalt gestalten“: die Technische Hochschule Bingen, Technische Universität Hamburg, Technische Universität Nürnberg und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin haben ihre DEIB-Arbeit (= Diversity, Equity, Inclusion und Belonging. Übersetzt: Diversität, Gerechtigkeit, Inklusion und Zugehörigkeit). systematisch reflektiert, weiterentwickelt und eine Strategie für den Umgang mit DEIB erfolgreich erarbeitet. Damit sollen künftig DEIB-Strukturen nicht nur in Programmen und Projekten sichtbar, sondern auch in strategischen Entscheidungen, beruflichen Karrieren, Berufungsverfahren, Governance-Strukturen und im gesamten Hochschulalltag wirksam werden. Mehr dazu [hier](#).

Freie Universität (FU) Berlin: Im Streit mit der Freien Universität Berlin (FU) um besseren Schutz vor antisemitischer Diskriminierung ist der jüdische Student Lahav Shapira mit einer Klage vor Gericht gescheitert. Aus formellen Gründen wies das Verwaltungsgericht Berlin seine Klage gegen die FU ab. Das Berliner Hochschulgesetz verpflichte die Universität zwar, Diskriminierung vorzubeugen und zu bekämpfen, doch sei daraus kein individuelles Schutzrecht abzuleiten, entschied das Gericht. Shapira hatte geklagt, nachdem er im Februar 2024 von einem Kommilitonen bei einer zufälligen Begegnung in Berlin-Mitte angegriffen und schwer verletzt worden war. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls ließen die Richter eine Berufung zur nächsthöheren Instanz zu, dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Mehr dazu [hier](#).

Martin-Luther-Universität (MLU) Halle-Wittenberg: Die MLU hat ihre 15 Jahre alte Internationalisierungsstrategie überarbeitet und ein Papier beschlossen, das die „die internationale Ausrichtung der Universität“ als „ein verbindliches strategisches Fundament“ festschreibt. „In einer Zeit, in der globale Herausforderungen nur grenzüberschreitend gelöst werden können, positioniert sich die MLU als verlässliche Akteurin in der weltweiten Wissensgesellschaft“, erklärte Rektorin Prof. Dr. Claudia Becker. Das Bekenntnis der MLU hat vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ein besonderes Gewicht. Mehr dazu [hier](#).

Universität Jena: Das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Universität Jena (KomRex) hat in einem Forschungsprojekt internationale Studierende sowie nicht deutsche Absolventen der Universität zu ihrem Leben in Thüringen befragt. Die Befragung ergibt, dass viele wegen spezifischer Studienangebote nach Thüringen kommen und im Vorfeld nur begrenzte Kenntnis über die politische Lage haben. Die Forscher*innen erwarten daher aktuell keinen Rückgang an Neueinschreibungen, zeigen aber auf, dass viele durch Beleidigungen, Mikroaggressionen, politische Verunsicherung und einen zunehmend offener gezeigten Rassismus mit dem Gedanken spielen, Thüringen und Deutschland zu verlassen. Mehr dazu [hier](#).

Aus den Hochschulen

Weitere News

IU Berlin: Einige hundert internationale (vorwiegend indische) Studierende der IU wurden von der Landeseinwanderungsbehörde Berlin (LEA) zur Ausreise aufgefordert. Ihre Visa wurden nicht verlängert, da bei ihren hybriden Studiengängen keine Präsenzerfordernis bestünde. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 16 AufenthG setze voraus, dass der Aufenthalt in Deutschland für den Studienerfolg zwingend erforderlich ist. Dies sei nicht der Fall, wenn Prüfungen online abgelegt werden könnten und eine vereinbarte Präsenzpflcht seitens der Hochschule nicht durchgesetzt werde. Der Abgeordnete Orkan Özdemir (SPD) erkundigte sich im Januar in einer schriftlichen Anfrage an die Senatsinnenverwaltung danach, wie viele indische IU-Studierende aktuell von „aufenthaltsrechtlichen Schwierigkeiten“ in Berlin betroffen seien. Die Antwort lautete : „Nach Kenntnis des Senats fanden 665 Anhörungen statt, es wurden knapp 200 ablehnende Bescheide erstellt und 173 Klagen bzw. Rechtsschutzanträge gestellt.“

Ein Sprecher des Landesamts für Einwanderung (LEA) begründet das Verweigern eines Aufenthaltstitels unter anderem mit dem „Fehlen einer hinreichenden Lebensunterhaltssicherung oder das Nutzen des Aufenthalts zu anderen Zwecken als des Studiums.“

Der Geschäftsführer der IU Sven Schütt erklärt, seine Hochschule habe inzwischen alle Studierenden des Hybridstudiengangs am Berliner Standort in ein Präsenzstudium „überführt“. Das neue Format sei für die Hochschule mit höheren Kosten verbunden, für die Studierenden sei der Wechsel jedoch zum gleichen Preis erfolgt. Bis auf wenige Ausnahmen seien seit dem 1. Oktober sämtliche Studierenden im Präsenzstudiengang eingeschrieben.

Über die Geschehnisse wurde in verschiedenen Medien umfangreich berichtet, die wir hier verlinken:

[„Erst angeworben, dann ausgewiesen: Studierende in Indien warnen, in Berlin bloß kein Studium anzufangen“ \(paywall, Tagesspiegel: Nina Scholz, 02.03.2026\)](#)

[Berlin will Hunderte indische Studierende ausweisen \(paywall, SZ: David Kulessa, 7.04.2026\)](#)

[„Das fragwürdige Geschäftsmodell der größten Hochschule Deutschlands“ \(paywall, Der Spiegel, Markus Sutera und Frana Quecke, 21.02.2026\)](#)

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU): Im Juli 2026 kündigte die FAU Studiengebühren an für Studierende aus Nicht-EU-Staaten, die sich ab Sommersemester 2027 neu einschreiben oder einen Fachwechsel durchführen. Die Studiengebühren trügen dazu bei, attraktive Studienbedingungen und eine leistungsfähige Infrastruktur für Studium und Lehre an der FAU zu erhalten und weiterzuentwickeln. Ziel sei es, internationalen Studierenden von Beginn an die bestmöglichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium an der FAU zu bieten. Gebührenpflichtige Studierende erhielten einen garantierten Platz in einem kostenlosen Deutschkurs und sollen darüber hinaus von einem umfassenden Unterstützungsangebot profitieren – vom Willkommens- und Onboarding-Programm über die zentrale und dezentrale Studienberatung bis hin zur psychosozialen Beratung. Mehr Informationen dazu finden Sie [hier](#). Seit der ab 2023 geltenden Gesetzesnovelle des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes können die Hochschulen gemäß Art. 13 Abs. 3 BayHIG Gebühren erheben. Es ist den bayerischen Hochschulen individuell freigestellt, Studiengebühren für internationale Studierende einzuführen.

Der BAS kritisiert die Entscheidung scharf. Die PM finden Sie [hier](#).

In aller Kürze

1.000-Köpfe-Plus-Programm wirkt

Das BMFTR meldete im März, das 1000-Köpfe-Plus-Programm zeige Wirkung: Immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit wählten Deutschland gezielt als Standort für ihre Forschung, dies ginge aus gestiegenen Antragszahlen bei AvH, DFG und DAAD hervor. Das Programm soll weitergefördert werden und über die nächsten zehn Jahre Investitionen von 600 Millionen Euro erhalten. Der DAAD fördert über das Programm seine Initiative „[Academic Horizons – Attracting Global Minds](#)“ in der bis zum Jahr 2029 20 deutsche Hochschulen bei der Gewinnung und Integration internationaler Nachwuchstalente unterstützt werden. Gefördert werden Maßnahmen zur Rekrutierung, Betreuung und Qualifizierung internationaler Master- und Promotionsstudierender in strategisch relevanten Forschungsfeldern. Damit wird das Ziel verfolgt, exzellente internationale Studierende und Promovierende frühzeitig für den Wissenschaftsstandort Deutschland zu gewinnen und sie langfristig für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Mehr dazu [hier](#).

DAAD warnt vor Ende der Hochschulkooperationen in der Entwicklungszusammenarbeit

Der DAAD warnt vor den Folgen geplanter Kürzungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die internationale Hochschulzusammenarbeit: Wer den Zugang zu diesen wissenschaftlichen Netzwerken verliere, verliere auch wichtige Zugänge zu Innovationen, internationalen Partnern und Zukunftsmärkten.

Nach den aktuellen Plänen des BMZ sollen bis 2031 alle DAAD-Programme zur Hochschulkooperation mit einer Ausnahme eingestellt werden. Zudem laufen Programme aus, die bislang aus Sonderinitiativen des BMZ gefördert werden. Bis 2031 wären rund 60 Hochschulen in Deutschland von der Beendigung der Programme betroffen. Der DAAD fördert mit BMZ-Mitteln bislang Projekte deutscher Hochschulen mit Partnerhochschulen in den Ländern des Globalen Südens. Die Kooperationen arbeiten zu Zukunftsthemen wie Energieversorgung, Wassermanagement, Gesundheit, Digitalisierung oder Unternehmertum. Der DAAD fördert dabei die Entwicklung praxisnaher Studiengänge, den Ausbau gemeinsamer Forschung, die Ausbildung von Fachkräften sowie die Verbesserung des Managements von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen unterstützte den DAAD. Mehr dazu [hier](#). Die PM der Allianz der Wissenschaftsorganisationen finden Sie [hier](#).

Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H) soll beendet werden

Im Mai teilte das Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) mit, dass die Finanzierung des Programms zum Ende des Jahres 2026 vollständig eingestellt werden soll. Dies steht im Widerspruch zu einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom November 2023, der explizit die Erarbeitung neuer Richtlinien zur langfristigen Sicherung der Qualität und Verlässlichkeit des GF-H vorsah. Der Kernauftrag des GF-H liegt in der individuellen Bildungsberatung. Der GF-H unterstützt junge Zugewanderte bei der Aufnahme oder Fortsetzung einer Hochschulausbildung. Eng damit verknüpft ist die akademische Sprachförderung. Insgesamt wurden zwischen 2020-2025 75.245 Beratungen durchgeführt und durchschnittlich 570 Studienanfänger*innen pro Jahr mündeten erfolgreich in ein Hochschulstudium. Mehr dazu [hier](#).



In aller Kürze

Fünf Jahre Hilde-Domin-Programm

Zum fünfjährigen Bestehen des Hilde Domin-Programms zog der DAAD eine positive Bilanz. Seit 2021 ermöglicht das Stipendienprogramm bedrohten Studierenden und Promovierenden weltweit, ihr Studium oder ihre Promotion in Deutschland in Sicherheit fortzusetzen. Rund 300 Geförderte haben bislang Unterstützung in dem vom Auswärtigen Amt finanzierten Programm erhalten. Mehr dazu [hier](#).

Interkulturelle Woche 2026: Jetzt planen und Materialien bestellen

Seit 2019 läuft die IKW immer von Sonntag bis Sonntag. Damit schließt sie auch den "Welttag des Migranten und Flüchtlings" (02.10.2026) ein, der von Papst Franziskus von Januar auf den letzten Sonntag im September verlegt wurde. Der Termin für die Interkulturelle Woche ist 27. September bis 4. Oktober 2026. Das Motto der IKW lautet auch 2026 "dafür!". Materialien können jetzt bestellt werden. Auf der Webseite finden Sie alle Informationen dazu, wie sich Ihre Einrichtung einbringen kann und wie Sie dafür (zusätzliche) finanzielle Mittel erhalten können. Mehr dazu [hier](#).

Start des Beratungsangebots „Faire Integration“

Zum 1. Januar 2026 haben die Beratungsstellen ihre Arbeit auf neuer gesetzlicher Grundlage aufgenommen. Ziel ist es, durch eine arbeits- und sozialrechtliche Beratung Drittstaatsangehörige vor Ausbeutung und zugleich Einheimische vor Lohndumping zu schützen. Dazu wurde in jedem Bundesland eine Beratungsstelle eingerichtet. Diese bieten qualifizierte Beratung an, die sich an den besonderen Bedürfnissen von Drittstaatsangehörigen orientiert. Das Beratungsangebot ist unentgeltlich, mehrsprachig und richtet sich sowohl an Drittstaatsangehörige im Inland, als auch an Drittstaatsangehörige, die sich noch im Ausland befinden, aber in Deutschland arbeiten möchten. Mehr dazu [hier](#).

Mental Health Alliance startet für ein neues System der psychischen Versorgung junger Menschen

Mit der Gründung der Mental Health Alliance (MHA) startete im Februar eine unabhängige Allianz, die die psychische Gesundheit insbesondere der jungen Generation ins Zentrum rückt. Initiiert und unterstützt von unserer Stiftung, der Beisheim Stiftung, krisenchat, der alv Foundation, der Robert Bosch Stiftung und ProjectTogether, vereint die Allianz als wachsende und lernende Bewegung führende Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Praxis, Versorgung, Wirtschaft und Jugendbeteiligung. Gemeinsames Ziel ist ein präventiv ausgerichtetes System der mentalen Gesundheitsförderung und -versorgung in Deutschland, das junge Menschen frühzeitig so stärkt, dass sie nicht erkranken. Fachleute, Organisationen und Förderpartner sind eingeladen, sich aktiv einzubringen und bewährte Lösungen bundesweit in die Fläche zu bringen. Mehr dazu finden Sie [hier](#).

In aller Kürze

AfD: Wissenschaftspolitisches Regierungsprogramm in Sachsen-Anhalt

Im April 2026 beschloss das AfD Landesverband Sachsen-Anhalt ein [Regierungsprogramm](#), in dem auch Pläne für den Hochschulsektor skizziert werden. Seit Veröffentlichung hat sich die Hochschulcommunity intensiv damit beschäftigt. Das CHE veröffentlichte beispielsweise eine Analyse ([CHECK – AfD-geprägte Hochschulpolitik in Sachsen-Anhalt, CHE, Gütersloh, 2026](#)) und skizziert wesentliche hochschulpolitische Positionen der AfD in Sachsen-Anhalt:

- die Abschaffung interner Mitspracherechte, etwa für Studierende,
- die Abschaffung moderner Steuerungsinstrumente wie Zielvereinbarungen,
- ideologisch motivierte Eingriffe in die Freiheit der Hochschulen, ihre Forschungsthemen und Fachinhalte zu bestimmen,
- die Abkehr vom Bologna-System und damit die Aufgabe international anschlussfähiger Abschlüsse
- sowie eine Relativierung wissenschaftlicher Qualitätsstandards.

In Bezug auf internationale Studierende forderte die AfD bereits im vergangenen Jahr eine Erhebung „angemessener Studiengebühren“ von Nicht-EWR-Studierenden.

Auf der Fachtagung der SIK im Juni sprach Prof. Dr. Peer Pasternack (HoF), der zusammen mit seinem Kollegen Justus Henke das AfD-Programm analysierte und Empfehlungen ausgab, wie das Hochschulsystem resilienter zu gestalten sei, siehe auch S. 36/37 des [DSW Journal 1/2026](#). In einer der [Fachtagungssessions stellte das International Office der Hochschule Anhalt](#) auf der SIK-Fachtagung vor, wie sie sich vor Ort mit Akteuren vernetzen, um resilient und stabil agieren zu können.

Der Siggener Kreis, ein informeller Think Tank für Wissenschaftskommunikation, warnt „Widersteht der Versuchung, voreilend gehorsam zu sein“, und mahnt dazu, ein Bewusstsein für das eigene Verhalten zu entwickeln und im Alltag immer wieder neu zu reflektieren, statt in fachlichen Konkurrenzsituationen und Verteilungskämpfen die Kooperationsbereitschaft zu verlieren. Die Empfehlung finden Sie [hier](#).

Im Juni rief auch die DFG-Präsidentin auf der Jahresversammlung der Forschungsorganisation zum Widerspruch gegen die AfD auf. Ein Papier mit Handlungsoptionen für Akteure in der Wissenschaft soll demnächst veröffentlicht werden. Mehr dazu [hier](#)

Die Wissenschaftsministerinnen Brandenburgs und Baden-Württembergs hatten im Juli 2026 zur Veranstaltung „Resilienz des deutschen Wissenschaftssystems – Verantwortung gemeinsam übernehmen“ nach Potsdam eingeladen. Mehr als 200 Vertreter*innen und Vertreter von Institutionen, Verbänden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen diskutierten über die nächsten Schritte, die notwendig sind, um das Wissenschaftssystem in Deutschland zukunftssicher aufzustellen. Dabei ging es nicht nur um die bestehenden Bedrohungen, sondern auch darum, die Akteure und Kräfte sichtbar zu machen, die das System stützen und tragen. Mehr dazu [hier](#), die Aufzeichnung finden Sie [hier](#).

Die [Gemeinsame Wissenschaftsministerkonferenz](#) änderte im Juli ihre Verfahrensregeln, um sich für den Fall einer AfD-geführten Regierung in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt vor Blockaden zu schützen. Entscheidungen werden nun grundsätzlich nicht mehr nach dem Einstimmigkeitsprinzip getroffen, sondern unter Zustimmung des Bundes und von mindestens 13 Ländern. Allerdings sind Vereinbarungen im Schwerpunkt Hochschulen, bei denen das Grundgesetz vorgibt, dass alle Länder zustimmen müssen, ausgenommen. Zudem kann die GWK ab sofort auch dann fortbestehen, wenn einzelne Länder austreten. Schließlich kann auch eine Einrichtung oder ein Programm bei ausbleibender Finanzierung eines Landes weiter existieren. In diesem Falle können Bund oder Länder freiwillig und übergangsweise die Finanzierung übernehmen. Mehr dazu [hier](#).



In aller Kürze

Niedersachsen: Schnellere Exmatrikulation möglich

Niedersachsens Hochschulen sollen Studierende bei antisemitischen oder diskriminierenden Vorfällen künftig schneller exmatrikulieren können. Das teilte das Wissenschaftsministerium des Landes im Januar mit. Das Hochschulgesetz solle so geändert werden, dass Hochschulen mehr Sanktionierungsmöglichkeiten haben. Wie sie diese einsetzen, liege in der Verantwortung der Hochschulleitungen. Konkret sollen Hochschulen Immatrikulationen ablehnen oder Studierende exmatrikulieren können, wenn diese rechtskräftig wegen Volksverhetzung oder anderer schwerer Straftaten verurteilt wurden. Dazu zählen beispielsweise Körperverletzung, sexuelle Übergriffe oder Bedrohung. Mehr dazu [hier](#).

Rheinland-Pfalz: Novelle des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes

Berufsabschlüsse aus dem Ausland sollen in Rheinland-Pfalz künftig schneller anerkannt werden. Der Landtag hat am 22. März eine Novelle des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes beschlossen. Englischsprachige Unterlagen sollen danach künftig in der Regel für eine Anerkennung ausreichen und die Verwaltungen spätestens innerhalb von drei Monaten entscheiden. Zudem soll auch eine Beschäftigung in Berufen ermöglicht werden, die mit der anerkannten Qualifikation verwandt sind. Mehr dazu [hier](#).

Bewährungsstrafen nach Schüssen auf Studierende in Ilmenau

Im Prozess um gefährliche Körperverletzung sind zwei Männer zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Sie hatten im April 2025 mit Kunststoffgeschossen auf Studierende der TU Ilmenau geschossen. Bei den Betroffenen handelte es sich überwiegend um internationale Studierende, weshalb zuvor auch über ein rassistisches Tatmotiv spekuliert worden war. Viele der betroffenen Studierenden leiden nach der Tat an anhaltenden Angststörungen. Betroffene Studierende, die ezra-Opferberatung und Mitarbeitende des örtlichen Fraunhofer Instituts kritisieren die Einschätzung des Gerichts zum Rassismusmotiv. Bereits kurz nach dem Angriff in Ilmenau hatten [fzs](#) und der BAS das langsame Vorgehen der Polizei sowie eine Verharmlosung der Tat durch die Staatsanwaltschaft kritisiert. Mehr zum Gerichtsurteil finden Sie [hier](#). Mehr zum Angriff im April 2025 finden Sie im [SIK-Infobrief 2/2025- Aus den Hochschulen](#)

In aller Kürze

USA: Aufenthaltszeit für int. Studierende erneut eingeschränkt

Bereits Ende 2025 zeigte eine Studie, dass sich neun von zehn internationalen Studierenden in den USA um ihren Visastatus sorgen und wie sich die US-Politik auf den Alltag und das Wohlbefinden der Studierenden auswirkt. ([Hier geht's zur Studie.](#)) Seit dem 01. Januar 2026 wurde das Einreiseverbot für internationale Studierende aus bestimmten Herkunftsländern ausgeweitet. Demnach dürfen Staatsangehörige aus 39 Ländern gar nicht mehr oder nur eingeschränkt in die USA einreisen. Bereits eingeschriebene internationale Studierende, die die USA verlassen, sind ebenfalls betroffen. Die Regierung verweist zur Begründung auf Sicherheitsbedenken und hohe Überziehungsquoten bei Nicht-Einwanderungsvisa. Besonders betroffen sind afrikanische Länder, wie das neu in die Liste aufgenommene Nigeria. Im Juni kündigte ein US-Memorandum an, dass die aktuell 50 US-Botschaften in Afrika auf 20 reduziert werden sollten. (Mehr dazu [hier](#) und [hier](#).)

Unterdessen erlebten deutsch-US-amerikanische Bildungsk Kooperationen laut BMFTR keine unmittelbaren Einschränkungen. In einer Antwort im Bundestag vom Januar 2026 sieht die Bundesregierung keine Einschränkungen der transatlantischen wissenschaftlichen Bildungs- und Kulturprogramme. Der DAAD und die AvH unterliegen in den USA keinen Einschränkungen oder Streichungen, heißt es in der Antwort ([21/3266](#)) der Bundesregierung. Die Finanzierung der deutsch-amerikanischen Fulbright-Stipendienprogramme werde unverändert fortgesetzt.

Demnächst schränkt die US-Regierung die Aufenthaltszeiten für alle ausländischen Studierenden und Medienvertreter im Land jedoch stärker ein. Bisher durften sich Studierende und Austauschstudierende offiziell für die Dauer ihrer Ausbildung im Land aufhalten, nun wird ein Aufenthaltszeitraum von vier Jahren festgesetzt. Die neuen Regeln sollen im September in Kraft treten. Mehr dazu [hier](#). Bereits im Mai hatte Bundeskanzler Friedrich Merz jungen Menschen davon abgeraten, für ein Studium oder einen Job in die USA zu gehen, und verwies auf das veränderte gesellschaftliche Klima vor Ort. Mehr dazu [hier](#). Laut dem Institute of International Education sanken die Neueinschreibungen internationaler Studierender an US-Hochschulen im vergangenen Jahr insgesamt um 17 Prozent und unter deutschen Studierenden sogar um 20 Prozent. Mehr dazu [hier](#).

USA: Wissenschaft unter Trump

Im April 2026 entließ US-Präsident Donald Trump alle 22 Mitglieder des National Science Boards (NSB). Der NSB ist ein Beirat, der die Ausrichtung und Entscheidungen der National Science Foundation (NSF) überwacht. Die NSF ist vergleichbar mit Einrichtungen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Deutschland. Die eigentlich unabhängige Behörde ist eine der größten und wichtigsten Forschungsorganisationen in den USA. Sie vergibt Fördergelder in der Grundlagenforschung fast aller Disziplinen und finanziert auch Forschungsinfrastruktur wie Observatorien oder Supercomputer. Für 2027 plant Trump zudem eine Kürzung des NSF-Etats um 40%. Restmittel sollen in von ihm favorisierte Projekte fließen ([SZ](#)). Ein neuer Gesetzentwurf sieht zudem vor, die Fördermittelvergabe zu ändern: Damit könnten Bundesbehörden etwa Mittel für Programme streichen, die nicht in ihrem „Interesse“ liegen. Zudem wären sämtliche Programme im Bereich Diversität, Gleichstellung und Inklusion sowie Forschungsk Kooperationen mit China gar nicht mehr förderfähig. Das Gesetz soll zum 1. Oktober verabschiedet werden ([Inside Higher Ed](#)).

Eine Zusammenfassung und Analyse der bisherigen bildungssektorbezogenen US-Politik unter Trump hat das CHE erstellt. Hierin wird auch erläutert, welche Praktiken sich deutsche rechte Parteien vom US-Vorbild abschauen könnten. Die Analyse finden Sie [hier](#).

In aller Kürze

Iran: Wie wir iranische Studierende und Forschende in Deutschland mental unterstützen können

Viele iranische Studierende und Forschende erleben derzeit eine doppelte Realität. Während im Iran Angriffe stattfinden, herrscht in Deutschland weiterhin Publikations- und Lerndruck. Energie, die normalerweise in Lernen oder Forschung fließen würde, wird von Sorge gebunden. Diese kognitive Überlastung ist für Studierende in frühen Studienphasen besonders schwierig. Viele leben zum ersten Mal im Ausland und bauen sich noch Unterstützungsnetzwerke auf. Ehsan Ebrahimi gibt Tipps, wie man Kolleg*innen und Studierende auch auf institutioneller Ebene unterstützen kann. Mehr dazu [hier](#). Auch administrative Hürden häufen sich für iranische Studierende. Die deutsche Visumsbearbeitung für iranische Studierende ist ausgesetzt und seit Monaten unklar. In den USA erleben viele, dass ihre Visa nicht mehr verlängert werden, nachdem seit Januar ein Einreiseverbot für Iraner*innen gilt. Mehr [hier](#).

Ukraine: Kurzzeitige Heimreisen ukrainischer Flüchtlinge gestattet

Kurzzeitige Reisen in Deutschland lebender Flüchtlinge aus der Ukraine in ihr Heimatland sind ein Thema der Antwort der Bundesregierung ([21/4228](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([21/3804](#)). Darin führt die Bundesregierung aus, dass sie den nach Deutschland geflohenen Menschen aus der Ukraine vorübergehenden Schutz vor den anhaltenden landesweiten russischen Angriffen auf Grundlage der EU-Richtlinie über den vorübergehenden Schutz gewährt und ihnen einen Aufenthaltstitel nach Paragraph 24 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erteilt. Kurzzeitige Reisen in die Ukraine seien im Rahmen dieses Schutztitels möglich. Grund hierfür ist der Antwort zufolge insbesondere das Bestreben der Mitgliedstaaten, Ukrainerinnen und Ukrainer bei der Wahrung ihrer Verbindung zu ihrem Heimatland und ihre Widerstandsfähigkeit zu unterstützen.

Australien: stuft Indien bei Studierendenvisa als Hochrisikoland ein

Australien verschärft das Visumverfahren für indische Studierende und stuft Indien seit Januar 2026 in die höchste Risikokategorie ein: Anträge werden seitdem deutlich intensiver geprüft, unter anderem mit Blick auf Finanzierungsnachweise, Studienmotivation und Rückkehrabsichten. Die Regierung reagiert damit auf die stark gestiegene Zahl von Bewerbungen internationaler Studierender sowie auf Fälle von Visamissbrauch und irregulärer Migration. Neben Indien gilt für Nepal, Bangladesch und Bhutan die höchste Risikokategorie. Gleichzeitig hat die australische Regierung die Gebühren für Arbeitsvisa nach dem Studium ohne Ankündigung verdoppelt. Mehr dazu [hier](#).

Währenddessen meldet Bildungsdienstleister ICEF, dass laut einer Umfrage das Interesse an einem Auslandsstudium in asiatischen Zielländern, wie Japan, China und Malaysia weiter steigt, während klassische Zielländer wie die USA, Kanada, das Vereinigte Königreich oder Australien an Attraktivität verlieren. Ausschlaggebend sind geringere Lebenshaltungskosten, einfach gestaltete Visaverfahren sowie gute Arbeitsmarktperspektiven. Mehr dazu [hier](#).

China: führt eigenen internationalen Hochschulzugangstest ein

Mit dem China Scholastic Competency Assessment (CSCA) hat China im Dezember ein neues Bewertungssystem eingeführt, das eine Alternative zu Tests wie SAT oder A-Levels bilden soll. Es wird schrittweise eingeführt: zunächst für Bewerberinnen und Bewerber um chinesische Regierungsstipendien, ab 2028 für alle internationalen Bachelorstudierenden. Die CSCA ersetzt die bisherige Orientierung am chinesischen Sprachtest HSK durch eine breitere Leistungsprüfung und soll internationale Studierende stärker nach akademischer Qualifikation auswählen. Mehr dazu [hier](#).

In aller Kürze

Russland: wirbt gezielt Studierende für den Kriegseinsatz an

Russland rekrutiert verstärkt Studierende für den Krieg in der Ukraine. Das russische Verteidigungsministerium fordert von Universitäten, mindestens zwei Prozent ihrer Studierenden für Vertragsdienste zu gewinnen. Dazu drohen Universitäten mit Exmatrikulation insbesondere bei schlechten Noten. Die Armee lockt mit hohen Geldprämien (bis zu 50.000 Euro), verspricht sichere Positionen in Drohneneinheiten und eine Rückkehr an die Universität nach einem Jahr. Schätzungen zufolge wurden bereits über 50.000 Studierende angeworben. In mehreren russischen Städten gab es vereinzelt Proteste von Studierenden und Dozierenden gegen die Rekrutierungspraktiken, die von Exmatrikulationen bis zu strafrechtlichen Konsequenzen begleitet wurden. Die EU und die USA haben die Rekrutierungspraktiken als Verstoß gegen das Völkerrecht verurteilt und prüfen Sanktionen gegen beteiligte Universitäten. Mehr dazu hier: [ZDFheute](#), [Europäischer Auswärtiger Dienst](#)

Russland: DAAD als unerwünschte Organisation eingestuft

Der DAAD stellte im Februar seine Arbeit in der Russischen Föderation ein. Das russische Justizministerium hatte den DAAD am 10. Februar zur „unerwünschten Organisation“ erklärt. Infolge dieser Entscheidung wurden das DAAD-Büro in Moskau sowie das vom DAAD verantwortete „Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus“ (DWIH) Moskau geschlossen. Der DAAD versicherte, dass die aktuell rund 200 bewilligten DAAD-Stipendien für russische Studierende, Promovierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits in Deutschland sind, weiter laufen. Zudem können sich Russ*innen weiterhin von anderen Standorten aus auf DAAD-Stipendien bewerben. Aktuell sind rund 10.500 russische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Mehr dazu [hier](#).

Kanada: 80 Prozent weniger internationale Studierendenvisa

In Kanada wurden 2025 rund 80 Prozent weniger internationale Studierendenvisa ausgestellt als von der zuständigen Behörde IRCC prognostiziert. Ursprünglich hatte die Regierung geplant, die Zahl internationaler Studierender gegenüber 2024 um 35 Prozent zu reduzieren, tatsächlich fiel der Rückgang im ganzen Land aber deutlich stärker aus. Der entsprechende Bericht kritisiert, dass das IRCC die Auswirkungen der Reformen auf Bewerbungen und Studierendenzahlen massiv unterschätzt hat. Mehr dazu [hier](#). Ende 2025 verkündete daraufhin die Regierung, dass Masterstudierende und Doktoranden von der Obergrenze für neue internationale Immatrikulationen 2026 ausgenommen würden, was nun zu einem langsamen Anstieg der Attraktivität des Standorts als Studienziel führt, wie Suchanfragen und Umfragen zeigen. Mehr dazu [hier](#).

Japan: erreicht Ziel für internationale Studierende vorzeitig

Die Zahl internationaler Studierender in Japan ist bis Juni 2025 auf 435.200 gestiegen – ein Plus von 8,2 Prozent gegenüber 2024. Besonders die Zahl der Erstimmatrikulationen (180.000) ist gestiegen. Damit erreicht das Land sein Ziel von 400.000 internationalen Studierenden bis 2033 frühzeitig. ICEF Monitor schreibt, dass mehr japanische Universitäten auf englischsprachige Studiengänge setzen. Kritikerinnen und Kritiker weisen darauf hin, dass dies japanische Studierende benachteiligen könnte, deren schulische Ausbildung überwiegend auf Japanisch stattfindet. Mehr dazu [hier](#).

In aller Kürze

UK: neue internationale Bildungsstrategie

Die britische Labour-Regierung hat mit einer neuen internationalen Bildungsstrategie einen Richtungswechsel eingeleitet: Künftig sollen nicht mehr Zielzahlen für internationale Studierende im Vordergrund stehen, sondern der wirtschaftliche Beitrag des Sektors. Ziel ist es, nachhaltig hochqualifizierte internationale Studierende aus einer Vielzahl von Ländern zu gewinnen. Bis 2030 sollen die britischen Bildungsexporte auf 40 Milliarden Pfund (circa 46 Mrd. Euro) pro Jahr steigen. Als zentrale Instrumente werden transnationale Bildungsangebote und internationale Partnerschaften benannt. Während Hochschulverbände den diplomatischen Ansatz und die Abkehr vom reinen Mengenwachstum begrüßen, kritisieren Expert*innen fehlende finanzielle Zusagen, vage Umsetzungspläne und die mangelnde Verzahnung mit der Migrationspolitik. Mehr dazu [hier](#). Wenig später stoppte die Regierung die Visavergabe für auslandsmobile Studierende aus Afghanistan, Kamerun, Myanmar und dem Sudan zunächst für 18 Monate. Grund sei, dass sich die Zahl an Asylanträgen von internationalen Studierenden aus diesen Ländern nach ihrer legalen Einreise seit 2021 mehr als verdreifacht habe. Mehr dazu [hier](#).

UK: Vereinigtes Königreich kehrt 2027 zu Erasmus+ zurück

Im April wurde in Brüssel ein Assoziierungsabkommen des Vereinigten Königreichs mit dem EU-Programm Erasmus+ unterzeichnet. In der Praxis können Hochschulen Förderungen für das Vereinigte Königreich somit ab dem Ausschreibungslauf für 2027 wieder beantragen. Aufenthalte von Studierenden und Promovierenden sowie Kooperationsprojekte der Hochschulen werden ab dem akademischen Jahr 2027/28 beginnen können. Vor dem Brexit gingen jährlich rund 4.500 Studierende deutscher Hochschulen mit Erasmus in das Vereinigte Königreich. Eine [Webseite der NA DAAD](#) bündelt aktuelle Informationen zur Assoziierung des Vereinigten Königreichs. Die Teilnahme des Vereinigten Königreichs auch an der nächsten Programmgeneration Erasmus+ von 2028 bis 2034 muss zu einem späteren Zeitpunkt erneut vereinbart werden. Mehr dazu [hier](#).

Schweiz: Erasmus+ ab 2027 auch mit der Schweiz

Die Schweiz strebt nach der Ende 2025 erfolgten Assoziierung am EU-Programm Horizon Europe ebenfalls eine vollständige Teilnahme an Erasmus+ an. Die vollständige Teilnahme der Schweiz am Erasmus-Programm ist ebenfalls für 2027 vorgesehen. Mehr dazu [hier](#).

Türkei: Erdoğan nimmt Dekret zur Schließung von liberaler Uni zurück

Im Mai beschloss der türkische Präsident Erdoğan die Schließung der als liberal geltenden renommierten Bilgi-Hochschule. Nach Protesten hunderter Studierender musste er seine umstrittene Anordnung nach wenigen Tagen rückgängig machen. Die Universität zählt mehr als 20.000 türkische und internationale Studierende. Sie nimmt am Erasmus-Austauschprogramm der Europäischen Union teil. Studierende aus der Türkei stellen in Deutschland die drittgrößte Gruppe internationaler Studierender. Mehr dazu [hier](#).

Rechtliches

EU: Kein vorübergehender Schutz mehr für neu ankommende ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter

Die EU-Staaten haben sich am 15. Juli 2026 darauf geeinigt, den vorübergehenden Schutz (auch: „Massenzustromschutz“) für ukrainische Kriegsgeflüchtete bis zum 4. März 2028 zu verlängern – mit einer wichtigen Einschränkung: Neu ankommende ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter (23 bis 60 Jahre), die die Ukraine ohne gültige Ausreisegenehmigung verlassen haben, erhalten diesen vereinfachten Schutzstatus künftig nicht mehr automatisch. Die Ausreisegenehmigung setzt voraus, dass sie ihren militärischen Verpflichtungen nachgekommen sind. Gemäß dem EU-Rat reiche ein Ausreisestempel der ukrainischen Behörden als Beleg aus, dass die Person die Ukraine legal verlassen hat. Damit möchte der EU-Rat das Signal senden: „Wir stehen weiterhin an der Seite der Ukraine. Aber Teil unserer Unterstützung ist, sicherzustellen, dass sich die Ukraine selbst verteidigen kann. Der formelle Beschluss des EU-Rates steht noch aus, gilt aber als Formsache. Wer bereits einen Schutzstatus in einem EU-Staat besitzt, behält ihn bis März 2028. D.h. ein bestehender Schutzstatus bleibt unberührt. Neu ankommende Männer (23–60 Jahre) ohne ukrainische Ausreisegenehmigung erhalten keinen automatischen Schutz mehr; ihnen steht aber weiterhin das reguläre Asylverfahren offen. Ausnahmen gelten u. a. für Väter von mindestens drei minderjährigen Kindern und für Personen, die aus gesundheitlichen Gründen vom Wehrdienst freigestellt sind. Menschenrechtsorganisationen zweifeln an der Rechtsgrundlage und warnen vor mittelbarer Diskriminierung. Mehr dazu [hier](#).

Neues Gesetz erschwert Vaterschaftsanerkennung bei aufenthaltsrechtlichem Gefälle

Der Bundestag hat am 12. Juni 2026 das Gesetz „zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft“ beschlossen. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 10. Juli 2026 keinen Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses gestellt und damit grünes Licht gegeben. Das Gesetz ist damit auf dem Weg zur Verkündung im Bundesgesetzblatt und tritt danach in Kraft. Das genaue Inkrafttreten steht noch aus (Stand: 17. Juli 2026). Das Gesetz betrifft Fälle, in denen ein Mann mit deutschem Pass oder gesichertem Aufenthaltsrecht die Vaterschaft für ein Kind anerkennt, obwohl er nicht der biologische Vater ist – mit dem Ziel, der Mutter oder dem Kind einen Aufenthaltstitel zu verschaffen. Künftig muss die Ausländerbehörde (ABH) einer solchen Vaterschaftsanerkennung zustimmen, wenn ein sogenanntes „aufenthaltsrechtliches Gefälle“ vorliegt – also wenn eine der beteiligten Personen ausreisepflichtig ist oder keinen gesicherten Aufenthalt hat. Die ABH prüft anhand gesetzlicher Vermutungstatbestände, ob ein Missbrauch vorliegt. Ausnahmen hiervon sind geregelt, u.a. wenn die Beteiligten seit mindestens 14 Monaten einen gemeinsamen Haushalt mit Hauptwohnsitz führen. Eine positive Vermutung, dass keine missbräuchliche Anerkennung vorliegt, wird angenommen, wenn die Beteiligten seit mindestens 8 Monaten zusammenwohnen. Mehr dazu [hier](#).

Rechtliches

20 Jahre AGG: Diskriminierungsschutz bleibt lückenhaft

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt seit 2006 vor Diskriminierung im Arbeitsleben und Alltag – etwa bei der Wohnungssuche oder dem Abschluss von Versicherungen. Zum 20. Jubiläum zieht der Mediendienst Integration (Stand: 29. Juni 2026) eine kritische Bilanz: Trotz einer nun beschlossenen Reform bleiben zentrale Schutzlücken bestehen. Diskriminierung durch staatliche Stellen wie Behörden ist weiterhin nicht vom AGG erfasst – obwohl ein Viertel aller Beratungsanfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes genau diesen Bereich betrifft. Studien zeigen zudem: Für Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind die Hürden zur Rechtsdurchsetzung besonders hoch – wegen Sprachbarrieren, fehlendem Wissen über das Rechtssystem und geringem Vertrauen in Institutionen. Die Reform (Kabinettsbeschluss: 6. Mai 2026) bringt punktuelle Verbesserungen: Die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen wird von zwei auf vier Monate verlängert; die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll künftig Streitschlichtungsverfahren anbieten können. Kollektive Klagerechte und ein Schutz vor Diskriminierung durch Behörden fehlen weiterhin. Für die Beratung internationaler Studierender relevant: Das AGG gilt **nicht** bei Diskriminierung durch Behörden (z. B. Ausländerbehörden). Beratende sollten auf die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie – je nach Bundesland – auf Landesantidiskriminierungsgesetze hinweisen (Berlin, Rheinland-Pfalz; NRW plant ein Gesetz für 2026). Mehr dazu [hier](#).

Rheinland-Pfalz: Neues Gesetz schützt vor Diskriminierung durch Landesbehörden

Seit Februar 2026 gilt in Rheinland-Pfalz das Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt (LGCDV). Es schließt eine Lücke, die das bundesweite Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bislang offen ließ: Das AGG schützt vor Diskriminierung im Privatrecht – etwa durch Arbeitgeber oder Vermieter –, nicht aber durch staatliche Stellen. Das LGCDV gilt nun für Landesbehörden, also z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Landesverwaltungen – nicht jedoch für Kommunen (z. B. Ausländerbehörden auf Stadtebene). Betroffene können Beschwerde einlegen und haben ein Jahr Zeit, Ansprüche auf Entschädigung oder Schadenersatz geltend zu machen. Für Diskriminierungen durch kommunale Stellen bleibt die Rechtslage unverändert. Mehr dazu [hier](#).



Rechtliches

Bayern: Bessere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Ausländerbehörden geplant

Im November 2025 wandten sich die bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst sowie für Inneres gemeinsam an die Leitungen aller staatlichen Hochschulen und Kommunen mit Hochschulstandort. Ziel des Schreibens: ausländerrechtliche Verfahren für internationale Studierende und Hochschulpersonal zu beschleunigen und zu verbessern. Betroffen sind alle Drittstaatsangehörigen (d. h. Personen aus Ländern außerhalb der EU), die für ihr Studium oder ihre wissenschaftliche Tätigkeit einen Aufenthaltstitel benötigen. Die Minister empfehlen eine enge Abstimmung und unmittelbaren Austausch vor Ort zwischen den Hochschulen und den jeweiligen Ausländerbehörden bzw. deren Leitung. Als konkrete Maßnahmen werden u.a. genannt: Einrichtung spezieller Anlaufstellen oder Sprechstunden für das Hochschulumfeld, englischsprachige (Online-)Antragsformulare und Beratungsangebote, Möglichkeit zur Vereinbarung von Notfallterminen bei dringenden Anliegen sowie Hospitationen zwischen Ausländerbehörden und International Offices. Das Schreiben weist insbesondere auf lange Bearbeitungszeiten für Erstanträge (mind. drei Monate) und damit auf das Erfordernis einer frühzeitigen Antragstellung hin. Wird der Antrag vor Ablauf des bisherigen Aufenthaltstitels gestellt, greift die sogenannte Fiktionswirkung (§ 81 AufenthG). Der alte Titel gilt dann bis zur Entscheidung der Behörde als fortbestehend – der Aufenthalt bleibt damit rechtmäßig. Eine Fiktionsbescheinigung kann auf Antrag ausgestellt werden und berechtigt bei der Fortgeltungsfiktion auch zu Kurzreisen in Schengen-Staaten.

Thüringen: Verfahrenshinweis ermöglicht Ausländerbehörden schnelleren Jobstart für internationale Studierende zuzulassen

Ausländische Absolventen sollen nach einer Ausbildung oder einem Studium in Thüringen reibungsloser in den Arbeitsmarkt kommen. Sie sollen künftig nicht mehr wie bisher auf einen neuen Aufenthaltstitel warten müssen, wie das Migrationsministerium im Mai mitteilte. Stattdessen solle es nun möglich sein, schon vor dem formalen Wechsel des Aufenthaltstitels eine Beschäftigung aufzunehmen. Dafür habe das Ministerium an die Ausländerbehörden einen sogenannten Verfahrenshinweis geschickt, der ab sofort berücksichtigt werden kann. Bislang werde die Arbeitsaufnahme zu oft durch bürokratische Abläufe verzögert. Grund sei, dass die Aufenthaltstitel der meisten Azubis oder Studierenden an den jeweiligen Aufenthaltswort gebunden seien und der Wechsel in der Praxis viel Zeit in Anspruch nehme. Mehr dazu [hier](#).

Studien und Statistiken

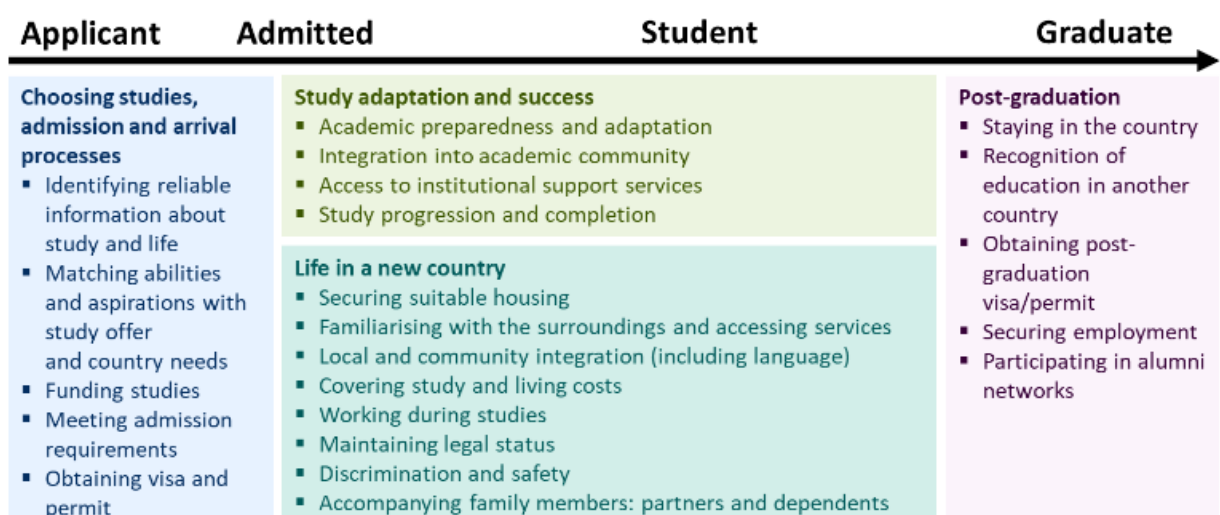
Studie: “International Students in Higher Education: A comparative analysis of trends, challenges and policy responses in Australia, Canada, France, Germany, the Netherlands and the United Kingdom” (OECD Publishing, Paris, April 2026)

Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich gehörten in den letzten zehn Jahren zu den OECD-Ländern mit dem stärksten Anstieg der Zahl internationaler Studierender. Internationale Studierende haben maßgeblich zum Anstieg der Studierendenzahlen beigetragen, das Campusleben geprägt und in einigen Ländern auch zur Finanzierung der Hochschulen beigetragen. Der vorliegende Bericht untersucht den Werdegang und die Herausforderungen internationaler Studierender – von der Wahl des Studienorts und des Studienfachs über die Beantragung eines Studienvisums bzw. einer Aufenthaltsgenehmigung bis hin zum Einleben in den Studienalltag, der Wohnungssuche, der Integration in die lokalen Gemeinschaften, dem Studienfortschritt und der Orientierung hinsichtlich der Wege nach dem Abschluss. Nach einem starken Wachstum in den 2010er Jahren und einer Erholung nach der COVID-19-Pandemie tritt die Mobilität internationaler Studierender nun in eine Phase größerer Unsicherheit ein, da einige Länder ihre Politik verschärfen, während andere die Zahl der internationalen Einschreibungen weiter ausbauen. Durch den Vergleich von sechs wichtigen Studienorten der OECD beleuchtet der Bericht sowohl gemeinsame Herausforderungen als auch sich abzeichnende politische Reaktionen. Er liefert aktuelle Erkenntnisse zu Trends, Herausforderungen und politischen Reaktionen im Zusammenhang mit der Immatrikulation internationaler Studierender in einer Zeit, in der dieses Thema zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit und der Politik rückt. Der Bericht ist damit für politische Entscheidungsträger*innen, Hochschuleinrichtungen und andere Interessengruppen von Bedeutung.

Den englischsprachigen Bericht sowie eine Zusammenfassung finden Sie [hier](#).

Ein begleitendes Interview mit Matej Bílik, Politikanalyst im OECD-Team für Hochschulpolitik zur Einordnung der zentralen Befunde finden Sie [hier](#).

Figure 1.7. Life cycle of international students and related challenges



Note: Developed by the OECD Secretariat.



Studien und Statistiken

Kurzbericht: „Wissenschaft weltoffen kompakt 2026“ (DAAD, Mai 2026)

DAAD und DZHW haben im Mai den Bericht „Wissenschaft weltoffen kompakt 2026“ veröffentlicht. Demnach ist die Zahl internationaler Studierender an deutschen Hochschulen im Wintersemester 2024/25 um 6% auf rund 402.000 gestiegen. Sie stellen 14% aller Studierenden in Deutschland. Asien und Pazifik stellt mit einem auf 34% gestiegenen Anteil die wichtigste Herkunftsregion internationaler Studierender dar, gefolgt von Nordafrika und Nahost (19,5%) sowie Westeuropa (14,1% - von 15% im Vorjahr gesunken). Das wichtigste Herkunftsland ist erneut Indien mit rund 58.800 Studierenden (14,6%). An zweiter und dritter Stelle folgen China mit rund 39.000 (9,7%) und die Türkei mit rund 20.900 (5,9%) Studierenden. 94% der internationalen Studierenden streben im Wintersemester 2024/25 einen Abschluss in Deutschland an. 35% der internationalen Studierenden wollen einen Bachelor- und 47% einen Masterabschluss erwerben. Die USA waren weiterhin das wichtigste Gastland für international mobile Studierende weltweit. Rund 957.000 bzw. 13% aller auslandsmobilen Studierenden weltweit waren 2023 in den USA eingeschrieben. Mit deutlichem Abstand folgen als Gastländer das Vereinigte Königreich (10%), Australien, Deutschland (jeweils 6%) und Kanada (5%).

Die PDF Version des Kurzberichts finden Sie [hier](#).

Die Print-Version können Sie [hier](#) bestellen.

Analyse: „Soziale und akademische Integration von Geflüchteten im Hochschulstudium. Strukturelle Herausforderungen gefährden den Studienerfolg“ (DZHW Brief 02|2026: Güttner, M. Februar 2026).

10 Jahre nachdem 2015 viele Geflüchtete nach Deutschland neu zugewandert sind, haben einige den Weg ins Studium geschafft. Dies gelang auch mit Hilfe von Förderprogrammen von Bund und Ländern. Zwei wichtige Faktoren für den Studienerfolg sind die soziale und akademische Integration an der Hochschule. Geflüchtete mit ausländischer und inländischer Hochschulzugangsberechtigung sind hierbei deutlich benachteiligt gegenüber anderen Studierendengruppen. Die Analyse zeigt: Geflüchtete Studierende konnten in den Jahren seit 2015 vermehrt erfolgreich ein Studium in Deutschland aufnehmen, wie sich an der Zahl syrischer Studierender ablesen lässt. Im Studium zeigen sich allerdings Benachteiligungen hinsichtlich sozialer (Kontakt zu Mitstudierenden) und akademischer (Selbsteinschätzung der Studienleistung) Integration. Geflüchtete Studierende haben seltener Kontakt zu ihren Mitstudierenden und schätzen ihre Studienleistungen im Vergleich zu ihren Mitstudierenden niedriger ein. Die Analyse gibt einen Überblick zu Hürden für geflüchtete Studierende und Empfehlungen, wie Hochschulen und Stakeholder die Studierenden weiter unterstützen können. Die Analyse finden Sie [hier](#).

Studien und Statistiken

Studie: „Zwischen Abschluss und Anschluss – Internationals Employability Framework: Wie Zuwanderung über die Hochschule Berufseintritt und Verbleib von internationalen MINT-Fachkräften stärkt“ (Stifterverband, April 2026)

Internationale Studierende sind einer Umfrage im Rahmen des Internationals Employability Framework, herausgegeben vom Stifterverband und der Deutsche Gesellschaft internationaler Studierender (DEGIS), ein zentraler Faktor für die Fachkräftesicherung in Deutschland – insbesondere in den MINT-Fächern. Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen haben demnach deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Personen, die gezielt zur Jobsuche einreisen. Sie finden dreimal häufiger eine Stelle, integrieren sich schneller und entscheiden sich häufiger für einen langfristigen Verbleib. Ein Arbeitsplatz gilt dabei als entscheidender Faktor: Wer erfolgreich in den Beruf einsteigt, bleibt deutlich eher im Land. Zu den wichtigsten Abwanderungsgründen zählen hingegen Visa-Hürden und eine mangelnde soziale Einbindung. Die Studie verortet Hochschulen damit als wichtigen Einwanderungspfad für qualifizierte Fachkräfte. Als Ansatzpunkte nennt das „Internationals Employability Framework“ unter anderem eine stärkere Verzahnung von Hochschulen mit Einwanderungsprogrammen wie „Make it in Germany“. Wichtige seien mehr Praxisbezug im Studium sowie einen Ausbau von Career-Services. Auch die soziale Integration spielt eine wichtige Rolle: Zusätzliche Austauschformate und eine stärkere Verankerung des Spracherwerbs im Studienalltag sollen die Bindung an den Standort Deutschland erhöhen. Das Internationals Employability Framework wurde von der Allianz für MINT-Fachkräfte im Rahmen der Zukunftsmission Bildung des Stifterverbandes entwickelt. Die Studie finden Sie [hier](#).

Onlinebefragung: „Digitale Studienvorbereitung und Internationalisierung an deutschen Hochschulen“ (DAAD Forschung kompakt: Dr. Melanie Brück, Februar 2026)

Die steigende Zahl internationaler Studierender an deutschen Hochschulen geht mit hohen Abbruchquoten und vielfältigen strukturellen Herausforderungen einher. Eine vom DAAD durchgeführte quantitative Hochschulumfrage mit 260 Teilnehmenden hat unter anderem untersucht, wie deutsche Hochschulen auf diese Herausforderungen reagieren und welche Rolle Digitalisierung dabei spielt. Die Ergebnisse zeigen, dass Internationalisierung als strategisches Ziel weithin etabliert ist, zugleich aber vor allem die Beratungsstrukturen zunehmend belastet sind. Ein erhöhter Beratungsbedarf bei internationalen Studieninteressierten und Studierenden wurde insbesondere vor und zu Beginn des Studiums festgestellt. Digitale Formate werden dabei als zentrale Entlastungs- und Unterstützungsinstrumente angesehen, vor allem in der frühen Studienvorbereitung. Zwar bieten viele Hochschulen bereits digitale oder hybride Vorbereitungsangebote an, diese sind jedoch meist auf eingeschriebene Studierende beschränkt. Zudem offenbart die Untersuchung eine fragmentierte Landschaft digitaler Tools und Datenzugänge sowohl in der Beratung als auch im Hochschulmarketing. Die Analyse finden Sie [hier](#).



Studien und Statistiken

IAB-Kurzbericht: „Deutschkenntnisse und Arbeitsmarktintegration“ (IAB, April 2026)

Mehr als die Hälfte aller Betriebe (57 Prozent) fordert einer Studie zufolge im Einstellungsprozess mindestens ein B2-Sprachniveau. Vor allem kleine und mittlere Betriebe seien bei Ausschreibungen neuer Stellen weniger bereit, Bewerbungen von Personen ohne hinreichende Deutschkenntnisse zu berücksichtigen, teilte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einem Kurzbericht mit. Den Bericht finden Sie [hier](#).

Arbeitspapier: „Familiäre Fürsorge über Grenzen hinweg - Warum Sozial- und Familienpolitik in Deutschland auf den Prüfstand gehört“ (DeZIM, Schiefer, David; Siebel, Hermann 2026)

Von transnationalen Familien ist die Rede, wenn Angehörige in unterschiedlichen Ländern wohnen. Eine Umfrage des DeZIM.panels zeigt: Solche Konstellationen sind ein fester Bestandteil des Familienlebens in Deutschland. Rund 40 % der Befragten haben Angehörige im Ausland, besonders häufig Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Es leben also Millionen von Menschen in Deutschland, die familiäre Fürsorge bis hin zur Pflege über nationale Grenzen hinweg erbringen müssen. Transnationale Fürsorge wird dabei als belastender erlebt als die Fürsorge innerhalb Deutschlands. Gründe dafür sind größere räumliche Distanzen, höhere finanzielle Kosten sowie rechtliche Hürden. Somit gehört Sozial- und Familienpolitik in Deutschland auf den Prüfstand. Denn Regelungen und Unterstützungsangebote für familiäre Fürsorge adressieren primär innerstaatliche Familien. Die Studie finden Sie [hier](#).

Literaturtipps und hilfreiche Materialien

Aktualisiertes Rundschreiben der GKV: „Grundsätzliche Hinweise Kranken- und Pflegeversicherung der Studenten, Praktikanten und Auszubildenden ohne Arbeitsentgelt sowie Auszubildenden des Zweiten Bildungswegs“

Die GKV hat zum Jahreswechsel ihre Hinweise zur Krankenversicherung aktualisiert. Erstmals neu aufgenommen wurde die Prüfung der ausreichenden anderweitigen Absicherung im Krankheitsfall bei Anträgen auf eine Befreiung von der Versicherungspflicht. In Anhang 1 der Hinweise finden sich Kriterien für die Befreiung von der studentischen Versicherung. Dies könnte weitgehende Folgen haben, weil Versicherungen, die Vorerkrankungen ausschließen, danach nicht mehr zu akzeptieren sind. Zulässig ist jedoch bspw. der Ausschluss von Schwangerschaftsbehandlungen. Psychotherapien hingegen werden gar nicht aufgelistet. Die Kriterien sind damit nicht umfassend.

Bereits jetzt lehnen einige GKVn die Anerkennung privater Versicherungen, die unter internationalen Studierenden gängig sind ab. Wie sich die neuen Hinweise diesbezüglich auswirken bleibt abzuwarten. Die Hinweise finden Sie [hier](#).

Frau Mehlhorn hat Ihren Fachaufsatz zur Krankenversicherung für internationale Studierende, den Sie im Rahmen eines Workshops für die SIK erstellt und auf der SIK-Fachtagung 2024 präsentiert hatte, für uns aktualisiert. Den Fachaufsatz finden Sie [hier](#).

Sammelband: „Navigating Academia as a Transnational Scholar from the Global South - Treasuring All the Knowledges“ (Routledge: Roxana Chiappa Baros, Iris Viveros Avendaño, August 2025)

Im Mittelpunkt dieses Buches stehen die Geschichten transnationaler Nachwuchswissenschaftler*innen aus dem Globalen Süden, die ihr Promotionsstudium als erwachsene Migrant*innen und internationale Studierende begonnen haben. Es ist ein faszinierender Leitfaden für den Weg durch die akademische Welt für diejenigen, deren Lebensläufe und Bildungswege von der traditionellen Wissenschaft nicht vollständig anerkannt werden. Mit Beiträgen von führenden transnationalen Wissenschaftlern und ergänzt durch Briefe, Gedichte und Zeichnungen dient dieses Buch als Informations- und Inspirationsquelle für transnationale Nachwuchswissenschaftler, die sich in der akademischen Welt zurechtfinden müssen. Themen sind u.a.: Die Überwindung verinnerlichter Ängste und des Mangels an Zugehörigkeitsgefühl, Anerkennung des vielfältigen und reichhaltigen Wissens, das transnationale Wissenschaftler*innen in die akademische Welt einbringen, Aufbau gesunder Beziehungen zu Betreuer*innen und Mentor*innen, Umgang mit unerwarteten Ereignissen außerhalb der akademischen Welt, während man fern der Heimat ist und Stellensuche während und nach dem Postgraduiertenstudium. Den Sammelband finden Sie [hier](#).

Literaturtipps und hilfreiche Materialien

Bericht: „A Job and a Hard Place? Schattenseiten der Nutzung einer liberalisierten Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland“ (SVR: Holger Kolb und Cornelia Schu, SVR-Kurzinformation 2026-2)

In einer Kurzinformation zeigt der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) Möglichkeiten zur Nachsteuerung im Bildungs- und Erwerbsmigrationsrecht auf, um Spielräume für eine zweckwidrige Nutzung und daraus entstehende prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, die häufig allem internationale Auszubildende und Studierende sowie Zugewanderte, die sich über die Chancenkarte zur Jobsuche in Deutschland aufhalten treffen, entgegenzuwirken. Der SVR empfiehlt u. a. Deutschkenntnisse bei der Visa-Vergabe zum Zweck der Ausbildung staatlich zu prüfen, private Hochschulen stärker zu überprüfen, wenn Hinweise auf eine problematische Praxis vorliegen, über Angebote staatlicher Hochschulen breiter im Ausland zu informieren und für mehr Transparenz auf dem Markt der Vermittlungsagenturen in den Herkunftsländern zu sorgen. Die Handreichung finden Sie [hier](#).

Handreichung: „Wenn Zuhause nicht mehr sicher ist – Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Nachbarschaft“ (BMB, Mai 2026)

Das eigene Zuhause gilt als Ort der Sicherheit, des Rückzugs und der Selbstbestimmung. Doch was, wenn es nicht mehr sicher ist? Extrem rechte Einstellungen zeigen sich nicht nur in politischen Debatten oder auf Social Media, sondern zunehmend auch im Alltag und direkt nebenan: im Treppenhaus oder auf dem Dorfplatz, in der Haus-Chatgruppe oder beim Sommerfest im Gemeinschaftsgarten. Viele Menschen wenden sich an die Mobile Beratung mit Fragen wie: Was kann ich tun? Wie kann ich reagieren, ohne mich selbst zu gefährden? Was mache ich, wenn ich allein dastehe und niemand hilft?

Antworten bietet die neue Handreichung „Wenn Zuhause nicht mehr sicher ist – Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Nachbarschaft“ des Bundesverband Mobile Beratung. Sie enthält praxisnahe Handlungsempfehlungen und Sicherheitstipps für herausfordernde Situationen sowie Hintergrundinfos zu Strategien der extremen Rechten. Die Handreichung finden Sie [hier](#).

Aufzeichnung: University Future Festival (U:FF)

Im Juni fand das University Future Festival statt. Das University:Future Festival (U:FF) ist die größte Veranstaltung zur (digitalen) Zukunft der akademischen Bildung. Es bietet als Leitveranstaltung zur Digitalisierung in Studium und Lehre Orientierung, Vernetzung und Inspiration. Die Aufzeichnungen der Vorträge stehen nun dauerhaft auf dem U:FF [YouTube-Kanal](#) zur Verfügung. Empfehlen möchten wir Ihnen die Vorträge von Prof. Dr. Peer Pasternack und Justus Henke „[Hochschule in der ungesicherten Demokratie: Risiken und Resilienz](#)“, sowie die Zusammenfassung des Vortrags „[Diskriminierungserfahrungen auf dem Campus](#)“ von Prof. Dr. Karim Fereidooni (RUB).

Literaturtipps und hilfreiche Materialien

Radiosendung: „Internationale Studierende – Was Deutschland so beliebt macht“ (SWRKultur: Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster, Juni 2026)

Die Zahl internationaler Studierender in Deutschland wächst: Im Wintersemester 2024/25 waren rund 402.000 eingeschrieben, vor allem aus Indien und China. Beliebt sind Ingenieurwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 18 Prozent der Masterstudiengänge sind mittlerweile auf Englisch. Deutschland wird auch attraktiv, weil Länder wie die USA und Kanada ihre Visabestimmungen verschärft haben. Integrationsangebote sollen das Ankommen erleichtern. Doch die Wohnungssuche ist schwierig, deutsche Bürokratie verwirrend. In der Sendung kommen Expert*innen der Bildungspolitik, Hochschulleitung, des DAAD und aus der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz des DSW zu Wort. Auch die schwierige Arbeitssuche und prekäre Jobs sowie die Rolle privater Universitäten werden behandelt. Die Sendung finden Sie [hier](#).

Podcast: „Internationale Studierende in Deutschland – Zahlen, Trends und persönliche Perspektiven“ (DAAD Podcast: „Wissen. Welt. Wandel.“, Saskia Ulrich, 18.03.2026)

Deutschland bleibt ein gefragter Studienstandort: Mit über 402.000 internationalen Studierenden erreichen die Zahlen einen neuen Höchststand. Indien ist inzwischen das wichtigste Herkunftsland – und mehr als die Hälfte der internationalen Studierenden ist in MINT-Fächern eingeschrieben. Was macht Deutschland so attraktiv? Welche Trends prägen die internationale Studierendenmobilität und wie erleben internationale Studierende ihren Alltag? In der neuen Folge spricht Saskia Ulrich, Centrum für Hochschulentwicklung, über aktuelle Entwicklungen bei der Zahl internationaler Studierender in Deutschland. Vandana Rani, DAAD-Stipendiatin aus Indien und Doktorandin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, gibt persönliche Einblicke in ihre Promotion und das studentische Leben in Deutschland. Die Podcastfolge finden Sie [hier](#).

Podcast: „Es ist hochrentabel, viele internationale Studierende im Land zu haben“ (Didacta-Podcast, Anna Petersen, 18.02.2026)

Bildungsqualität, Visaregelungen, Wohnraum? Internationale Studierende weltweit suchen ihr Gastland nach vielen Kriterien aus – und die unterliegen aktuell einem Wandel. Wie steht es um die Wissenschaftsfreiheit der USA? Wie attraktiv sind deutsche Universitäten? Darüber spricht DAAD-Generalsekretär Dr. Kai Sicks im didacta-Bildungspodcast. Die Podcastfolge finden Sie [hier](#).

Literaturtipps und hilfreiche Materialien

Kommentar: „Warum internationale Studierende keine höheren Studiengebühren zahlen sollten“ (University World News: Roxana Chiappa und Olga Mun, 23.01.2026)

Hochschulen in Lateinamerika positionieren sich zunehmend als attraktive Ziele für internationale Studierende – und halten bislang überwiegend an Gebührenparität fest: Anders als in vielen Ländern des Globalen Nordens zahlen internationale Studierende dort häufig nicht mehr als Einheimische. Roxana Chaippa und Olga Mung argumentieren, dass dies im Verständnis von Bildung als öffentliches Gut verankert sei. Angesichts verdeckter sozialer Ungleichheiten warnen die Forscherinnen davor, höhere Gebühren zur Normalität werden zu lassen. Den Artikel finden Sie [hier](#) (englisch).

Artikel: „Internationale Studierende in Jena: Wer finanziert Studium und Lebensunterhalt?“ (MDR Aktuell: Hörer machen Programm, Marius Rudolph, 05.01.2026)

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena studieren rund 16.000 Menschen, etwa 2.500 von ihnen kommen aus dem Ausland. Um sie dreht sich unsere MDR-Hörerfrage. Elske Armsen fragt: Wie werden Studienplätze für internationale Studierende finanziert – und wovon leben sie während ihres Studiums in Deutschland? Die Vizepräsidentin der Uni Jena und Matthias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender des DSW geben Auskunft. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Interview: „Die Präsidentschaft von Donald Trump ist eine Katastrophe für die amerikanische Universitäts- und Forschungslandschaft“ (Wissenschaft weltoffen Blog, Januar 2026)

Mathias Risse ist Professor für Menschenrechte, Internationale Beziehungen und Philosophie sowie Direktor des Carr-Ryan-Zentrums für Menschenrechte an der Harvard University. Im Interview für den Wissenschaft weltoffen Blog skizziert er die Auswirkungen der aktuellen Politik unter Donald Trump für das US-Amerikanische Hochschulsystem. Das kurze Interview finden Sie [hier](#).

Artikel: „Cité Internationale Universitaire de Paris - Wir sind friedlich, was seid ihr?“ (ZEIT: Matthias Krupa, ZEIT Nr. 01/2026)

Vor hundert Jahren gründeten Philanthropen in Paris eine Stadt für (internationale) Studierende, die der Völkerverständigung dienen sollte. Sie ist eine kleine Weltstadt, in ihr leben Studentinnen und Studenten aus 150 Nationen. Sie wohnen, kochen, feiern und diskutieren zusammen. Wer einen Platz in einem der Häuser bekommen möchte, muss ein anspruchsvolles - Bewerbungsverfahren durchlaufen. Dabei spielen nicht nur Noten, sondern auch Engagement und Offenheit eine wesentliche Rolle.. Der Artikel beschreibt, wie die Cité konzipiert ist und wie die internationalen Studierenden dort zusammen leben. Den Artikel finden Sie [hier](#) (Paywall).

Literaturtipps und hilfreiche Materialien

Artikel: „Kurierfahrer von Lieferdiensten: Komm nach Deutschland zum Studieren, haben sie gesagt“ (ZEIT: Sascha Lübke, 23.03.2026)

Der Artikel beleuchtet die Situation von (oftmals studentischen, indischen) Lieferfahrer*innen in Berlin. Er erläutert die Praktiken der Subunternehmen, die Abhängigkeiten in denen sich die Studierenden wiederfinden und schaut auf die Politik, die mit einem Direktanstellungsgebot plant, das System der Subunternehmen zu durchbrechen. Der Artikel verweist auch auf das Gesamtproblem: gerade bei der Anwerbung gebe es großen Regulierungsbedarf. Indische Vermittlungsfirmen vermittelten Studierende für ein Studium nach Deutschland, oft an private Hochschulen, die enge Kontakte zu Lieferdiensten pflegten. Über WhatsApp-Gruppen wurden die Studierenden von Subunternehmen angeworben und auch der Wohnungsmarkt berge ausbeuterischer Strukturen. Den Artikel finden Sie [hier](#) (Paywall).

Reportage: „Ausbeutung bei Lieferdiensten: Ich sage allen: Macht nicht den Fehler, nach Deutschland zu kommen“ (ZEITmagazin Nr. 18/2026: Anant Agarwala und Jana Gioia Baurmann)

Sie sind Inder, wollten hier studieren, jetzt liefern sie Essen. Die ZEIT hat recherchiert, wie sie leben müssen und welches kriminelle System dafür verantwortlich ist. Zu Wort kommt auch DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee, der im Interview betont, dass nun gemeinsam mit der Politik darauf gedrungen werden müsse, dass die Verhältnisse rund um einige private Institutionen zurückgedrängt würden. Die Reportage finden Sie [hier](#) (Paywall).

Artikel: „Zu siebt in der Drei-Zimmer-Wohnung - für 3.000 Euro im Monat“ (RBB 24: Juan F. Álvarez Moreno, 02.06.2026)

Der Artikel begleitet einen indischen Studierenden auf Wohnungssuche in Berlin. Er berichtet von Mehrbettzimmern in einer Wohnung mit zehn Bewohnern für 450,- Euro im Monat und zusätzlichen Vermittlungsgebühren. Die Miete im sogenannten "Studentenapartment im Studentenwohnheim" solle besser in bar bezahlt werden, verlangten „Property Manager“, die die Bewohner*innen unter Druck setzten. Das Bezirksamt stellte klar, dass es sich bei den Wohneinheiten nicht, um „Studentenwohnheime“ handelte. Seine Kautions bekam der Student nur dank Mahnschreiben zurück. Einige Wohnungsvermittler nutzen die bestehenden Grauzonen und Unsicherheiten zunehmend aus, wie der Bericht darstellt. Teure Mehrbettzimmer, befristete Verträge und Express-Zugänge für Wohnheime gegen Geld: Für viele junge Menschen aus dem Ausland ist die Perspektive auf dem Berliner Wohnungsmarkt schlecht. Den Artikel finden Sie [hier](#).



Ihnen hat dieser Infobrief gefallen? Sie wünschen sich mehr Informationen zu weiteren beratungsrelevanten Themenbereichen?

Das DSW hat hierzu folgende Angebote, die sich an Studierendenwerke und Hochschulen richten:

- Anmeldung zum Infobrief der Servicestelle Familienfreundliches Studium per E-Mail an: sfs@studierendenwerke.de
- Anmeldung zum Newsletter "Tipps und Informationen" der Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung (IBS) per E-Mail an: studium-behinderung@studierendenwerke.de



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt